

BAG

Zivilgesellschaftliche
Präventionsarbeit
im Themenfeld
religiös begründeter
Extremismus

ReIEx

BAG ReIEx]

Bundesarbeitsgemeinschaft
religiös begründeter Extremismus e.V.

Zivilgesellschaftliche
Präventionsarbeit
im Themenfeld
religiös begründeter
Extremismus

Inhalt]



[6	Grußwort
[9	Vorwort
[10	Einleitung
[12	Was ist Radikalisierung und was heißt Prävention?
[16	Deutschlandkarte: Wer macht was und wo?
[18	Organisationen und Projekte
[80	Literaturverzeichnis
[86	Impressum

Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

nur wenige Themen beherrschen derzeit die öffentliche Debatte so sehr wie die reale oder auch die gefühlte „Terrorgefahr“. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Antwort auf diese gesellschaftliche und politische Herausforderung nicht noch mehr Gesetzesverschärfungen, sondern noch mehr Prävention heißen muss.

Deshalb freue ich mich, bei der Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) als parlamentarischer „Geburtshelfer“ von Anfang an dabei gewesen zu sein und verspreche, ihre wegweisende Arbeit auch künftig weiter mit aller Kraft zu unterstützen.



Foto: Susie Knoll

Als zuständiger Fachpolitiker begrüße ich, dass sich die in der BAG RelEx organisierten NGOs und Vereine über ihre Präventions- und Deradikalisierungsarbeit austauschen, vernetzen und Methoden und Standards entwickeln. Ich wünsche mir, dass ihr Wirken in die gesamte „Community“ ausstrahlt. Diese Publikation leistet hierzu zweifellos einen wertvollen Beitrag.

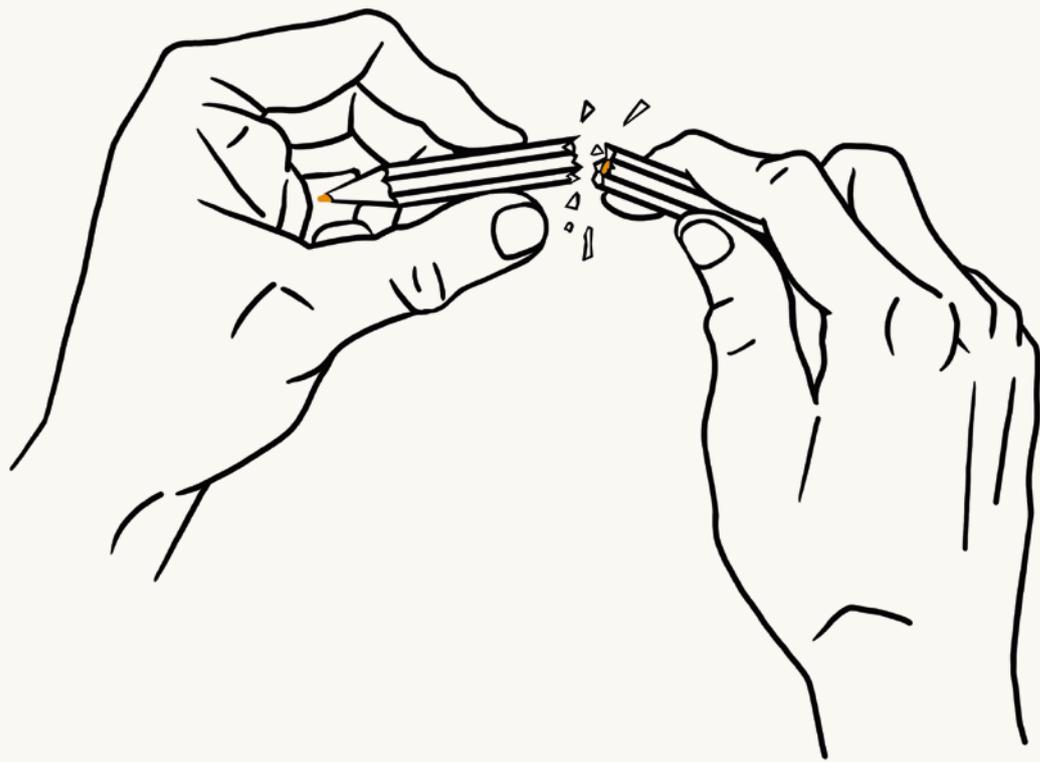
Aber auch für uns Politiker und für die breite Öffentlichkeit sind die Arbeitsergebnisse wichtig, um den Phänomenbereich „Religiös begründeter Extremismus“ besser zu verstehen. Mit ihrer geballten – sowohl praktischen als auch wissenschaftlichen – Expertise zu Strategien gegen religiös begründeten Extremismus ist die BAG RelEx auch ein zentraler Ansprechpartner für die Politik.

Auch in den kommenden Jahren werde ich mich im Bundestag für eine angemessene und vor allem nachhaltige Absicherung von Präventionsprogrammen im Rahmen der Förderprogramme des Bundes stark machen. Dabei gilt es für mich, unsere vielfältige Trägerlandschaft und die lokalen und niedrigschwelligen Initiativen zu erhalten und zu stärken. Ich wünsche der BAG RelEx auch weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen für ihre Arbeit und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Uli Grötsch

Mitglied des Bundestages





Vorwort

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus wurde im November 2015 von einer Initiativgruppe (VAJA e.V., Violence Prevention Network, IFAK e.V., Zentrum Demokratische Kultur, ufuq.de) angestoßen und ein Jahr später mit 25 Mitgliedern gegründet.

Mittlerweile ist einiges passiert, die Geschäftsstelle ist aufgebaut und erste Meilensteine der inhaltlichen Arbeit sind abgeschlossen. Hierzu zählen neben der Durchführung von öffentlichen Fachtagungen insbesondere auch die regelmäßigen Arbeitsgruppen, in denen Ansätze und Erfahrungen aus der Präventionsarbeit diskutiert und gemeinsame Standards entwickelt werden. Diese Arbeitsgruppen, die sich neben den Besonderheiten in einzelnen Handlungsfeldern der Präventionsarbeit (z. B. „Online und Soziale Medien“) auch grundlegenden Fragen wie der Rolle von Geschlecht und Gender in Radikalisierungsprozessen widmen, liefern wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der bestehenden Ansätze und bieten konkrete Hilfestellungen für neue Träger*innen, die in der Präventionsarbeit aktiv werden. Sie bieten zugleich Orientierung in den politischen Debatten um die Ausrichtung staatlicher Präventionsprogramme, wie sie auch in den kommenden Jahren geführt werden.

Angesichts des langjährigen erfolgreichen Engagements und der maßgeblichen Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in der Präventionsarbeit, die die Situation in Deutschland gerade auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern auszeichnen, stieß die BAG RelEx von Beginn an auch auf politischer Ebene auf Unterstützung. So wurde die BAG RelEx schon in der Gründungsphase durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ gefördert. Zu den Fürsprecher*innen in den Fraktionen des Bundestages gehörten insbesondere Cemile Giousouf und Uli Grötsch, die die Initiative seit den Anfängen begleiteten. Die BAG RelEx begrüßt diese Anerkennung und engagiert sich auf verschiedenen Ebenen, um den Austausch und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen weiter auszubauen.

Diese Broschüre bietet einen Einblick in die Arbeit der BAG RelEx und die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Fachveranstaltungen. Zugleich bietet sie einen Überblick über die Expertise und Erfahrungen ihrer Mitglieder, die bundesweit in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit aktiv sind. Auch hier steht das Interesse im Mittelpunkt, andere Akteur*innen der Präventionsarbeit zu inspirieren und den Austausch über bestehende Erfahrungen zu fördern.

Der Vorstand

Dervis Hizarci, Tobias Meilicke, Thomas Mücke
Friederike Müller, Dr. Götz Nordbruch

Einleitung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) wurde im November 2016 gegründet und ist ein Verein, in dem sich 25 zivilgesellschaftliche Träger*innen aus dem gesamten Bundesgebiet organisieren. Der Name ist bewusst gewählt: Aktuell konzentriert sich die Arbeit der Mitglieder auf islamistisch begründete Formen des Extremismus, aber auch andere Formen religiös begründeter Extremismen sollen in der BAG zukünftig berücksichtigt werden.

Die Gründung der BAG RelEx resultierte aus dem Wunsch der Träger*innen sich besser zu vernetzen, die eigene Arbeit inhaltlich und methodisch weiterzuentwickeln und sich auf Standards der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu verständigen.

Seit Mitte der 2000er-Jahre gewann die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ausdrucksformen religiös begründeter Ideologien in der Arbeit vieler Träger*innen der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit an Bedeutung. Gleichwohl steht die Präventionsarbeit in diesem Themenfeld – gerade im Vergleich mit der Rechtsextremismusprävention – in vielen Bereichen noch am Anfang. Die Initiative zur Gründung der BAG RelEx stieß auch auf politischer Ebene auf breiten Zuspruch.

So formulierte die Bundesregierung in der „Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ aus dem Jahr 2016 den Wunsch, die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Präventionsmaßnahmen zu optimieren, besser zu koordinieren und miteinander zu verzahnen. Vor diesem Hintergrund wird die BAG RelEx inzwischen mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ gefördert. Damit folgt die Bundesregierung auch den Forderungen des „Aktionsplans zur Prävention von gewalttätigem Extremismus“, der 2016 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Auch hier wurde die besondere Bedeutung der Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen, lokalen Akteur*innen und zivilgesellschaftlichen Träger*innen herausgestellt, um dem Aufkommen und der weiteren Verbreitung von gewalttätigem Extremismus – vor allem Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus – zu begegnen. Die Rolle der Zivilgesellschaft für die Förderung demokratischer Werte und Strukturen und der Prävention von Extremismus ist auf nationaler wie auf internationaler Ebene weitgehend unstrittig.

Die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Bereich des religiös begründeten Extremismus wird in Deutschland seit Beginn des neuen Jahrtausends maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Träger*innen geleistet. Mit ihren vielfältigen Ansätzen leisten sie einen wesentlichen Beitrag, um religiös begründeten extremistischen Ideologien und Strömungen aktiv entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Präventions- und Deradikalisierungsarbeit sind wichtige Ergänzungen der sicherheitspolitischen Maßnahmen, die von den staatlichen Sicherheitsbehörden umgesetzt werden. In den zahlreichen Angeboten der zivilgesellschaftlichen Träger*innen spiegelt sich der sprunghaft gestiegene Informations- und Unterstützungsbedarf der letzten Jahre wider. Dies bezieht sich vor allem auf die Arbeitsfelder Schule, Jugend- und Sozialarbeit, aber auch Verwaltung und Politik.

Die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit im Bereich des religiös begründeten Extremismus wird in Deutschland seit Beginn des neuen Jahrtausends maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Träger*innen geleistet.

In dieser Publikation stellt die BAG RelEx die Arbeit des Vereins vor und bietet damit einen umfangreichen Einblick in die unterschiedlichen Ansätze, die gegenwärtig in Deutschland in der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit umgesetzt werden. Dazu wird in einem ersten Kapitel der Stand der fachwissenschaftlichen Debatte zusammengefasst und daran anschließend werden die Konturen des breiten Arbeitsfeldes der Präventionsarbeit nachgezeichnet. So lässt sich die Präventionsarbeit idealtypisch in die Bereiche von primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterteilen, die sich in der praktischen Arbeit allerdings nicht immer eindeutig voneinander abgrenzen lassen. Umso wichtiger ist eine Verständigung über Ziele, Zielgruppen, Standards, Methoden und Qualitätskriterien, die den einzelnen Handlungsfeldern zugrunde liegen und die die Grundlage für eine Evaluation bilden.

Anders als staatliche Stellen verfügen zivilgesellschaftliche Träger*innen im Bereich des religiös begründeten Extremismus über einen direkteren Zugang zu relevanten Zielgruppen, sind vor Ort vernetzt und genießen in der Regel größeres Vertrauen und Glaubwürdigkeit als Jugendamt, Schule oder Polizei. Dabei erweist sich gerade die Breite der Angebote der freien Träger*innen, die nicht auf unmittelbar sicherheitsrelevante Bereiche beschränkt sind, als vorteilhaft für die erfolgreiche Präventionsarbeit. In vielen Bereichen lässt sich dabei an die langjährige und erfolgreiche Präventionsarbeit der Träger*innen anknüpfen, die in der interkulturellen, politisch-bildnerischen oder demokratiepädagogischen Arbeit gesammelt wurden. Dies gilt in gleicher Weise für die Erfahrungen aus dem Bereich der Rechtsextremismusprävention, in der zahlreiche Mitglieder der BAG RelEx seit Anfang der 1990er-Jahre aktiv sind.

Vor den genannten Hintergründen zielt die BAG RelEx darauf ab, die bereits vorhandenen Ansätze in den Themenfeldern Prävention und Deradikalisierung (bzw. Ausstiegsarbeit) weiterzuentwickeln, die Arbeit der Träger in politischen und fachwissenschaftlichen Diskussionen sichtbar zu machen und demokratisches bürgerschaftliches Engagement gegen Extremismus zu stärken. Sie bietet eine Plattform, um diesbezügliche Aktivitäten, Initiativen und Projekte auch in der fachfernen Öffentlichkeit vorzustellen und ein gesellschaftliches Bewusstsein für ihre Notwendigkeit zu schaffen. Die BAG RelEx vernetzt die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bundesweit, fördert den Austausch und die Zusammenarbeit und vertritt ihre Anliegen gegenüber staatlichen und politischen Gremien sowie in der Gesellschaft.

Die BAG RelEx vernetzt die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bundesweit, fördert den Fachaustausch und die Zusammenarbeit und vertritt ihre Anliegen gegenüber staatlichen und politischen Gremien sowie in der Gesellschaft.

Die folgende Darstellung der Mitglieder, also der einzelnen Träger und Projekte, bietet erstmalig einen Überblick über die Vielfalt der in Deutschland aktiven Träger*innen und die von ihnen verfolgten Ansätze.

Die Koordination der BAG RelEx

Rüdiger José Hamm, Jamuna Oehlmann

Was ist Radikalisierung und was heißt Prävention?

Der Begriff der Radikalisierung beschreibt die Hinwendung zu einer extremistischen Ideologie, die von ihren Vertreter*innen auch mit Mitteln der physischen und/oder psychischen Gewalt durchgesetzt werden soll. In der wissenschaftlichen Debatte ist dabei bis heute strittig, wie sich Radikalisierungsprozesse erklären und in ihrem Verlauf beschreiben lassen. Dies gilt in gleicher Weise für jene Faktoren, die der Hinwendung zu extremistischen Szenen entgegenwirken oder eine Abkehr von entsprechenden Ideologien befördern können. Einigkeit besteht allerdings darin, dass monokausale Erklärungen der Vielschichtigkeit und der Dynamik von Radikalisierungsprozessen nicht gerecht werden.

Bis heute liegen nur wenige empirische Studien vor, die konkrete Aussagen über individuelle Biographien, gesellschaftliche Hintergründe und die Bedeutung von religiösen und politischen Diskursen auf einzelne Radikalisierungsprozesse zulassen. Hinzukommt die Schwierigkeit, das Phänomen selbst begrifflich zu fassen. So ist der Begriff der Radikalisierung in der Forschung und auch unter Praktiker*innen bis heute umstritten. Kann man schon von einer Radikalisierung sprechen, wenn sich individuell antidemokratische Denkmuster entwickeln, oder muss es erst zu einer Gewaltanwendung kommen? Und beginnt Gewalt mit Worten oder drückt sie sich erst in Taten aus? Es gibt eine Reihe offener Fragen.

Unumstritten ist jedoch, dass Radikalisierung als ein Prozess zu verstehen ist, der weder gleichförmig noch geradlinig verläuft. Auch wenn kein allgemein anerkanntes Radikalisierungsmodell existiert, so beschreiben die meisten Darstellungen sogenannte Stufenmodelle. Dabei wird stets betont, dass die Stufen eines Radikalisierungsprozesses nicht zwangsläufig aufeinanderfolgen und zu jeder Zeit auch ein „Ausstieg“ oder eine Umkehr aus dem Prozess möglich ist. Dies bedeutet auch, dass sich nur wenige verallgemeinernde Aussagen über Gründe und Motive einer Radikalisierung treffen lassen. Im Kern geht es (bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden) vielfach um die Suche nach der eigenen Identität, um soziale Anerkennung und Bindung, Erfahrungen von Diskriminierung und Marginalisierung und das Gefühl von sozialer Ungerechtigkeit bzw. den Wunsch, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Einigkeit besteht bei Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus dem Themenfeld darüber, dass Radikalisierungen in der Regel nicht isoliert verlaufen, sondern mit Gruppendynamiken unter Peers und Gleichgesinnten in Verbindung stehen.

Für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit bedeutet dies, dass eine nachhaltige Stärkung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und individuelle, gesellschaftliche und politische Risikofaktoren in den Blick nehmen muss. Die Ausformung von Einstellungen, Haltungen und Verhaltensweisen hängt von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die eine Abwendung von der Gesellschaft und die Hinwendung zu extremistischen Szenen attraktiv machen können. Die Bedeutung dieser verschiedenen Faktoren unterscheidet sich, in der Regel kommen allerdings mehrere zusammen. Inwiefern die eigene Umwelt, also z. B. die Familie, Freund*innen, Peers, Alltagserfahrungen, nationale und internationale politische Ereignisse etc. die eigenen Ansichten formen, lässt sich insofern nur schwer vorhersagen.

Unter Radikalisierung versteht die BAG RelEx einen Prozess, in dem ein Individuum politische, soziale, weltanschauliche oder religiös begründete Denk- und Handlungsweisen übernimmt, die demokratischen und menschenrechtlichen Normen und Werten widersprechen, und diese letztlich auch mit Gewalt umzusetzen sucht.

Radikalisierungen lassen sich dabei nicht allein mit individuellen Faktoren erklären, sondern stehen in weiteren sozialen und politischen Kontexten, die eine Abwendung von der Gesellschaft und eine Hinwendung zu extremistischen Szenen befördern können.

Aber was genau bedeutet dies für die Präventionsarbeit? Prävention (lat. praevenire „zuvorkommen“/„verhüten“) bezeichnet Maßnahmen und Aktivitäten zur Abwendung sowie Verhinderung von unerwünschten Ereignissen oder Zuständen. Im Kontext der BAG RelEx geht es um Radikalisierungs- bzw. Extremismusprävention von religiös begründeter Radikalisierung und religiös begründetem Extremismus. In der Präventionsarbeit wird vielfach zwischen drei Ebenen der Prävention unterschieden:

- Primärprävention: Stärkung von demokratischen und an Menschenrechten orientierten Kompetenzen, Verhinderung von individuellen und gemeinschaftlichen Radikalisierungsprozessen
- Sekundärprävention/Interventionsarbeit: Früherkennung und Arbeit mit gefährdeten Gruppen
- Tertiärprävention/Deradikalisierung/Ausstiegsarbeit: soziale und ideologische Ausstiegshilfe, Distanzierungsarbeit, Vermeidung einer weiteren Eskalation

Dabei zielt Primärprävention auf alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die im Alltag mit neosalafistischen Ansprüchen in Berührung kommen können. In der Praxis gibt es dabei zahlreiche Überschneidungen mit der politischen Bildung, der interkulturellen Pädagogik, der Antidiskriminierungsarbeit und der Demokratiepädagogik. Interventions- oder Ausstiegsarbeit wendet sich hingegen an Personen, die bereits religiös-extremistische Orientierungen und Verhaltensweisen zeigen und eventuell in neosalafistischen Gruppierungen aktiv sind. Dabei ist der Begriff der Deradikalisierung in der Fachdebatte selbst umstritten, suggeriert er doch, dass eine Person „von außen“ deradikalisiert werden könnte. Immer häufiger ist daher auch von Distanzierungsarbeit die Rede, in der der Verzicht auf Gewalt und die Abwendung von der Szene im Mittelpunkt stehen. Auch hier gibt es Diskussionen darüber, ob der Verzicht auf Gewalt nicht mit weiteren Haltungsänderungen verknüpft sein muss, um nachhaltig wirksam zu sein. Hierbei sollen Kompetenzen in eigene Denk- und Handlungsmuster integriert und erreicht werden, die auch in der Primärprävention eine zentrale Rolle spielen: demokratische sowie menschenrechtliche Normen und Werte, Ambiguitätstoleranz, Umgang mit Diversität sowie soziale und emotionale Fähigkeiten. Eine lediglich „physische“ Abwendung von extremistischen Gruppen erscheint nicht als nachhaltig, wenn nicht auch eine ideologische Loslösung erreicht werden kann.

Prävention von religiös begründetem Extremismus bedeutet für die BAG RelEx die Entwicklung und Stärkung von demokratischen und an Menschenrechten orientierten Kompetenzen, Ambiguitätstoleranz, Umgang mit Diversität sowie soziale und emotionale Fähigkeiten. Diese Entwicklung und Stärkung fördern die Resilienz gegenüber antidemokratischen Denk- und Handlungsweisen. Prävention bedeutet im Ergebnis die Verhinderung der Entstehung von individuellen und gemeinschaftlichen Denk- und Handlungsweisen bei Personen, die rechtsstaatliche, demokratische und menschenrechtliche Normen und Werte ablehnen und letztlich Gewalt gegen andere Menschen und Institutionen als legitimes Mittel betrachten.

Neben der Verhinderung geht es der tertiären Prävention (Deradikalisierung/Ausstiegsarbeit) um die Intervention in Bezug auf Individuen und Gruppen mit dem Ziel, eine weitere Eskalation der Denk- und Handlungsweisen zu verhindern, und um die Resozialisierung im Sinne der Anerkennung der Normen und Werte der demokratischen Gemeinschaft, um einen friedlichen Wettbewerb der Meinungen zu ermöglichen.

Diese Unterscheidungen sind notwendig, um zu verstehen, wieso sich die Ansätze der Präventions- und Ausstiegsarbeit zum Teil erheblich unterscheiden. In der universellen Präventionsarbeit bzw. Primärprävention, aber auch der sekundären Prävention geht es zum Beispiel darum, Jugendliche und junge Erwachsene in die Lage zu versetzen, mit gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen und diese für sich als wertvoll zu begreifen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem „Islamischen Staat“, dschihadistischer Propaganda und gegebenenfalls anderen extremistischen Gruppen, auch phänomenübergreifend. Im Zentrum steht aber der Versuch, Bindungen an die Gesellschaft zu stärken, ein Bewusstsein für innergesellschaftliche und innerreligiöse Vielfalt zu fördern oder Rassismuserfahrungen aufzugreifen, ohne in eine „Opferideologie“ zu verfallen, wie sie von Neosalafisten propagiert wird. Wichtig ist in der primären und sekundären Prävention zudem, gesellschaftliche Schieflagen und Spannungen nicht zu verschweigen, zu beschönigen oder in dem Sinne darzustellen, als lebten wir in einer widerspruchsfreien Gesellschaft. So gehören Konflikte und Widersprüche zwangsläufig zu pluralistischen Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund zielen primär-präventive Ansätze vor allem auch auf die Stärkung demokratischer Kompetenzen und Demokratieförderung. Allgemein formuliert geht es in der Primär- und Sekundärprävention um die Entwicklung und Stärkung von demokratischen Haltungen und Kompetenzen, konstruktive Konfliktbearbeitung, die Vermittlung von Ambiguitätstoleranz – insbesondere im Umgang mit unterschiedlichen lebensweltlichen Perspektiven – und die Informationsvermittlung sowie Aufklärung über gesellschaftsrelevante Entwicklungen. Die Formate der Prävention können im formellen oder informellen Rahmen stattfinden, sind stets lebensweltlich orientiert, folgen einem systemischen Ansatz, basieren nach Möglichkeit auf Freiwilligkeit und sind auf Empowerment der Teilnehmenden ausgerichtet.

Dagegen zielen Ansätze der Intervention und Ausstiegsarbeit auf gefährdete bzw. bereits radikalisierte Personen. Auch kann und wird in diesem Arbeitsfeld mit Einzelpersonen und Gruppen gearbeitet, die eine Ausreise in ein Kriegsgebiet geplant haben, aus einem Kriegsgebiet zurückgekehrt sind, aufgrund von Straftaten im Gefängnis einsitzen oder sich von einer extremistischen Gruppe lossagen, also „aussteigen“ wollen. In der Regel wird jedoch mit dem weiteren sozialen Umfeld eines „radikalisierten“ Menschen gearbeitet, aber auch beispielsweise mit Familienangehörigen. Deradikalisierungsarbeit kann ganz allgemein als Arbeit mit radikalisierten Menschen verstanden werden, die entweder in gewaltfreie und nichtextremistische Umfelder reintegriert oder zumindest von der Ausübung physischer Gewalt abgehalten werden sollen.

Die auf den ersten Blick einfachste Betrachtungsweise der Deradikalisierung ist die als Umkehrung des Prozesses, durch den eine Person zum Extremisten wurde.

Neumann 2013, Seite 7

„Die auf den ersten Blick einfachste Betrachtungsweise der Deradikalisierung ist die als Umkehrung des Prozesses, durch den eine Person zum Extremisten wurde“ (Neumann 2013, Seite 7). Das heißt im Umkehrschluss, dass dieser umgekehrte Prozess auch so individuell angegangen werden muss, wie auch die Radikalisierung stattgefunden hat. Deradikalisierungsarbeit kann grundsätzlich das Ziel verfolgen, eine Distanzierung einer Person oder Gruppe von ideologischen Inhalten zu erreichen oder ihn/sie von der Begehung von Gewalttaten abzuhalten. Im Idealfall können beide Ziele verfolgt werden. Bei einer Ausstiegsbegleitung, also der Unterstützung einer Person bei der Loslösung aus einer extremistischen Lebenswelt und Organisation, geht es zum Teil schlicht um pragmatische Hilfen wie z. B. die Suche nach einer neuen Wohnung oder Arbeitsstelle.

Im Arbeitsfeld der Deradikalisierung und Ausstiegsbegleitung gibt es ebenfalls eine Vielzahl an Ansätzen – meist gelingt der Zugang zur radikalisierten Person über das nächste soziale Umfeld und es können im Sinne der Ausstiegsarbeit positive Effekte beobachtet werden. Wenn sich Lehrer*innen, Eltern oder Freund*innen an eine Beratungsstelle wenden, können die Berater*innen über Umwege an die radikalisierte Person herantreten. Eine radikalisierte Person von außen zu „deradikalisieren“ ist jedoch nicht möglich. Nur wenn der Wunsch geäußert wird, sich von dem radikalen Milieu zu distanzieren, kann die Person bei diesem Weg begleitet und unterstützt werden. Je nach Klient*in kann hier ein Ansatz verfolgt werden, der mehr auf Beziehungsarbeit beruht oder einen Schwerpunkt auf die theologische Arbeit legt.

Aus diesem Grunde bedeutet Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zuerst nicht die Verhinderung von Radikalisierungen und die Unterstützung der Abkehr von menschenfeindlichen Ideologien, sondern die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten.

Im Feld der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit sind also noch viele Diskussionen zu führen. Begrifflichkeiten müssen weiterhin geschärft und auch Methoden und Herangehensweisen getestet werden, um sie auf Wirksamkeit überprüfen zu können. Wichtig jedoch ist, vor einfachen Lösungen zu warnen. Auch sind vereinfachende Sichtweisen auf „Radikalisierung“ und „Prävention“ kontraproduktiv, da die Themen zu komplex sind, als dass man sie auf einfache Aktions-Reaktions-Schemata reduzieren könnte. Pathologisierungen von jungen Menschen, denen es im Kern um Anerkennung, Zugehörigkeit und soziale Gerechtigkeit geht – auch, wenn extremistische Ideologien einem friedlichen Zusammenleben aller und einem emanzipatorischem Demokratiebegriff und Menschenrechten antagonistisch gegenüberstehen – entfernen sie eher noch von demokratischen Werten. Letztendlich geht es um die Arbeit mit Menschen. Aus diesem Grunde bedeutet Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zuerst nicht die Verhinderung von Radikalisierungen und die Unterstützung der Abkehr von menschenfeindlichen Ideologien, sondern die Stärkung von Demokratie und Menschenrechten. Die Arbeit bedeutet auch immer die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verständnis von Demokratie und Menschenrechten und letztendlich der Frage, wie wir alle zusammenleben wollen. Die Utopie einer Gesellschaft, in der jede*r ohne Angst verschieden sein kann, erscheint dabei als ein notwendiges Leitmotiv.

Wer macht was und wo?

Dieser Deutschlandkarte können die Standorte der Träger*innen und der in dieser Publikation genannten Projekte entnommen werden. Viele der Träger*innen haben weitere Projekte im Themenfeld, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Auf ihren Internetpräsenzen sind weitere Informationen hierzu zu finden.



1. Kiel

-  **Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.**
 - PROvention. Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus in Schleswig-Holstein
 - Kick-off. Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

2. Hamburg

-  **basis und woge e. V.**
 - SelbstSicherSein – Wer bin ich und wie will ich sein?
 - Kiezläufer*innen für Hamburg Mümmelmannsberg

-  **Vereinigung Pestalozzi gGmbH**
 - Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

3. Bremen

-  **Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)**
 - Beratungsnetzwerk kitab
 - Jamil – Jugendarbeit in muslimischen und interkulturellen Lebenswelten

4. Berlin

-  **Aktion Courage e. V.**
 - Schule ohne Rassismus
-  **Cultures Interactive e. V.**
 - WomEx
 - Phäno.cultures
-  **Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V. (DEVI)**
 - Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt
-  **Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.**
 - Die Freiheit, die ich meine
 - Lernort 7xJung
-  **Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA)**
 - Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen
-  **Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA)**
 - Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken
 - Interreligious Peers
-  **Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.**
 - Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus
 - Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus
-  **Ufuq e. V.**
 - Beratung und Fortbildungen von Fachkräften im Themenfeld Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus
 - Projekt „Bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“
-  **Violence Prevention Network e. V.**
 - AL-MANARA – Beratung und Begleitung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

5. Dortmund

-  **Multikulturelles Forum e. V.**
 - Dortmund Durchblick – Gemeinsam Radikalisierung
 - Wegweiser Dortmund – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus

6. Bochum

-  **Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit e. V. (IFAK)**
 - Beratungsstelle Wegweiser Bochum und Umgebung
 - Beratungsnetzwerk Grenzgänger

7. Duisburg

-  **Verein für Lebensorientierung e. V. (LeO)**
 - „Extremismus nicht mit Uns“
 - Wegweiser – gegen gewaltbereiten Salafismus

8. Düsseldorf

-  **Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.**
 - Clearingverfahren und Case Management
 - Prävention von gewaltbareitem Neosalafismus und Rechtsextremismus
-  **Agentur für partizipative Integration gUG (API)**
-  **Düsseldorfer Wegweiser e. V.**
 - Partnerschaft für Demokratie in Düsseldorf

9. Köln

-  **Rat für muslimische Studierende & Akademiker e. V. (RAMSA)**
 - Zukunft bilden!
-  **Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.**
 - 5hoch4 – Jugendclub im Netz
-  **Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V. (Jubigo)**
 - 180 Grad Wende
 - 180 Grad Wende Keepers

10. Weimar

-  **Cultures Interactive e. V.**
-  **11. Frankfurt am Main**
-  **Violence Prevention Network e. V.**
 - Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus

12. Sersheim

-  **Jugendstiftung Baden-Württemberg**
 - PREvent!on – Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus und Islamismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg

13. Stuttgart

-  **Stuttgarter Jugendhaus gGmbH**
 - Inside Out

14. Augsburg

-  **Ufuq e. V.**
 - Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern

Organisationen und Projekte]



Jugendstiftung Baden-Württemberg



Gründungsjahr

1982

Gesellschaftsform

Stiftung bürgerlichen Rechts

Arbeitsbereiche/Angebote

- Jugendbildung:
Unterstützung von Projekten von und mit Jugendlichen
- Programme (Auswahl):
 - Demokratiezentrum Baden-Württemberg
 - Mitmachen Ehrensache
 - Jugendbegleiter-Programm
 - Jugendauslandsberater*innen
- Publikationen:
Jährliches Magazin ProjektArbeit
Jugendstudie Baden-Württemberg

Kontaktdaten

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162
Schlossstraße 23
74370 Sersheim
Tel.: 070.428 317-0
E-Mail: info@jugendstiftung.de
www.jugendstiftung.de

Kurzbeschreibung

Aufgabe der Jugendstiftung ist es, im Bereich der Jugendbildung zukunftsweisende Wege aufzuzeigen, vor Ort zu erproben und Ideen und Vorhaben junger Menschen zu begleiten und zu unterstützen.

Jährlich werden durch die Jugendstiftung etwa 140 Projekte beraten, gefördert und dokumentiert. Eigeninitiative von Jugendlichen, ehrenamtliches Engagement, Übernahme von Verantwortung für sich und andere und die Verwirklichung neuer Ideen stehen bei diesen Projekten im Vordergrund.

Außerdem entwickelt die Jugendstiftung alleine oder mit Partner*innen eigene Konzepte und Projekte. Das geschieht mit Eigenmitteln oder über geworbene Drittmittel. Durch eigene Programmlinien und Aktivitäten greift die Jugendstiftung aktuelle gesellschaftliche Fragestellungen auf und setzt mit Partner*innen der Jugendbildung und mit Jugendlichen selbst innovative Akzente und Weichenstellungen.

Die Stiftung hilft beim Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen im Jugendbildungsbereich, sie ist landesweite Koordinierungsstelle des Demokratiezentrum Baden-Württemberg und sorgt für den Transfer innovativer Modellprojekte und Projektideen. Die Servicestelle Jugend und Schule der Jugendstiftung ist an der Schnittstelle von Schule und außerschulischer Jugendbildung tätig.

Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Demokratiezentrum Baden-Württemberg
c/o Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162

Schlossstraße 23

74370 Sersheim

Tel.: 070.428 317 47

Fax.: 070.428 317 40

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

Facebook: [facebook.com/DZBaWue](https://www.facebook.com/DZBaWue)

Twitter: @DZBaWue

www.demokratiezentrum-bw.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg versteht sich als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung. Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg besteht aus fünf Fachstellen:

Die Fachstellen „kompetent vor Ort“ und „mobirex – Mobile Beratung gegen Rechts“ bieten Beratung bei rechtsextremen Vorfällen. Die Fachstelle „Leuchtlinie“ bietet Beratung für Betroffene von rechter Gewalt. Die Fachstelle PREvent!on baut ein Präventionsnetzwerk gegen religiös begründete Radikalisierung auf und entwickelt gemeinsam mit der Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) abrufbare Angebote wie z. B. Workshops, Planspiele und Vorträge. Sie qualifiziert pädagogische Fachkräfte als Referent*innen in Extremismusprävention.

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg ist Teil einer landesweiten Struktur von Partnerorganisationen und Netzwerken, die eine hohe Relevanz für die regionale Wirksamkeit der gemeinsam entwickelten Arbeitsfelder haben. Dabei handelt es sich um die 21 Partnerschaften für Demokratie in Kommunen und um vier Träger*innen von Modellprojekten mit besonderer Aufgabenstellung. Diese Kommunen und Träger*innen bilden das landesweite Netzwerk „Demokratie leben!“. Zudem ist das Demokratiezentrum im Landesnetzwerk für Demokratie und Menschenrechte vertreten und wird von einem Beirat unterstützt.



PRÄVENTION

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg versteht sich als Bildungs-, Dienstleistungs- und Vernetzungszentrum im Handlungsfeld Extremismus, präventive Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung.



BERATUNG

Die Fachstelle „Leuchtlinie“ bietet Beratung für Betroffene von rechter Gewalt.



ZIELGRUPPEN

Multiplikator*innen (u. a. pädagogische Fachkräfte)



FINANZIERUNG

u. a. Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

PREvent!on – Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

PREvent!on – Fachstelle für die Prävention von religiös begründetem Extremismus im Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Postfach 1162

Schlossstraße 23

74370 Sersheim

Tel.: 070.428 317 11

Mob.: 0171.623 42 21

Fax.: 070.428 317 40

E-Mail: prevention@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Fachstelle PREvent!on widmet sich der Prävention von religiös begründetem Extremismus. Sie entwickelt gemeinsam mit der Fachstelle ExtremismUSDistanzierung (FEX) nicht nur für pädagogische Fachkräfte (phänomenübergreifend) Konzepte der Prävention, sondern für alle Menschen, die sich im Themenfeld engagieren möchten.

Religiös begründeter Extremismus stellt eine neue Herausforderung in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen dar. Die Verlockung einfacher Weltbilder, in denen richtig und falsch klar definiert wird, ist groß. Umso wichtiger ist es, frühzeitig Anzeichen einer Radikalisierung zu erkennen. Unsere Aufgabe ist es, junge Menschen in ihrer demokratischen Haltung zu stärken und ein Bewusstsein für ein Zusammenleben in Vielfalt zu vermitteln. Uns ist dabei eine klare Unterscheidung von Religion und menschenfeindlicher Ideologie wichtig.

Der Begriff der Radikalisierung ist derzeit in aller Munde. Wir versuchen ein differenziertes Verständnis von Radikalisierung zu vermitteln, welches Protest und das Hinterfragen tradierter Normen im Rahmen der Rechte des Einzelnen nicht per se stigmatisiert. Prävention kann aus unserer Sicht nur dann gelingen, wenn das jugendliche Streben nach Veränderungen und das Benennen von Missständen ernst genommen und in den Einsatz für die demokratische gGmbH kanalisiert werden. Ein Angebot unseres Portfolios, der Workshop „radikal verstehen! Jugendliche im Spannungsfeld extremistischer Ideologien“, vermittelt den Teilnehmenden z.B. zunächst die Prozesshaftigkeit und Faktoren von Radikalisierung, ohne dabei eine spezifische ideologische Richtung zu berücksichtigen. Erst darauf aufbauend werden verschiedene menschen- und demokratiefeindliche Ideologien aufgegriffen.



PRÄVENTION

Entwicklung von Konzepten der Prävention



BERATUNG

Erstberatung von Multiplikator*innen in ihrer Arbeit vor Ort und spezifischer Anpassung



ZIELGRUPPEN

Lehrkräfte, (pädagogische) Fachkräfte, Ehrenamtliche und alle Interessierten



FINANZIERUNG

u. a. Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

Anlaufstellen vor Ort machen die Angebote für alle zugänglich. Erfahrungen zeigen, dass Präventionsarbeit dann besonders erfolgreich ist, wenn sie regionale Besonderheiten berücksichtigt und vor Ort verankert ist. Besonders in Baden-Württemberg als einem Flächenland ist es wichtig, mit einer Vielzahl an verschiedenen Kooperationspartner*innen zusammenzuarbeiten. Zu diesem Zweck etablieren wir regionale Demokratiezentren in den Landkreisen, in denen von uns qualifizierte Ansprechpartner*innen Präventionsangebote umsetzen, lokale Akteur*innen vernetzen und eine Schnittstelle zur Deradikalisierungsarbeit der zentralen Beratungsstelle darstellen. Die regionalen Demokratiezentren helfen dabei, auch die Deradikalisierung regionalen Besonderheiten anzupassen und stellen Fachkräften qualifiziertes Personal zur Ersteinschätzung von religiöser Radikalisierung bereit.

Unsere Angebote stehen kostenlos zur Verfügung für Lehrkräfte, (pädagogische) Fachkräfte, Ehrenamtliche und alle Interessierten: Qualifizierungen, Workshops, Planspiele und Vorträge.

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH



Gründungsjahr

1950

Gesellschaftsform

gemeinnützige Gesellschaft
mit beschränkter
Haftung (gGmbH)

Arbeitsbereiche/Angebote

- offene Kinder- und Jugendarbeit
- Ganztagesbildung und Betreuung an Schulen
- Kindertagesstätten und Familienzentren
- Projekte und Übergang Schule-Beruf
- Abenteuerspielplätze und Jugendfarmen

Kontaktdaten

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH

Kegelenstraße 21
70372 Stuttgart
Tel.: 0711.237 280
E-Mail: geschaefsstelle@jugendhaus.net
www.jugendhaus.net

Kurzbeschreibung

Die **Stuttgarter Jugendhaus gGmbH** fördert die Emanzipation des jungen Menschen, die diesen befähigt, sich seiner eigenen Situation in der Gesellschaft bewusst zu werden und an den Aufgaben der Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Die Einrichtungen der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH sollen allen jungen Bewohner*innen der Stadt offenstehen und gleichermaßen prophylaktische soziale Hilfsfunktionen sowie Bildungs- und Freizeitfunktionen erfüllen.

GESELLSCHAFTSZWECK IST DIE FÖRDERUNG:

1. der Jugendhilfe und der Bildung und Erziehung.

Er wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung, die Unterhaltung und den Betrieb von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere von Kinder- und Jugendhäusern. Damit sollen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, der Bildung und der Kommunikation geschaffen und geboten werden.

2. des Wohlfahrtswesens.

Er wird insbesondere verwirklicht durch die Errichtung, die Unterhaltung und den Betrieb von Einrichtungen, die auch der Betreuung, Bildung und Erziehung bedürftiger und gefährdeter Kinder und Jugendlicher dienen.

3. der Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Er wird insbesondere verwirklicht durch die Bereithaltung theoretischer/praktischer Lern- und Lehrangebote, insbesondere der sozialen, sozialpädagogischen und sozialtherapeutischen Berufe. Darüber hinaus kann das Stuttgarter Jugendhaus gGmbH in sämtlichen anderen Berufen ausbilden, soweit sie dazu über die rechtlichen und fachlichen Voraussetzungen verfügt.

Inside Out

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Inside Out

Wailinger Straße 1–3

70372 Stuttgart

Ansprechpartner: Tilman Weinig

Tel.: 0711.794 866 45

Mob.: 0176.554 329 04

E-Mail: tilman.weinig@jugendhaus.net

E-Mail: info@insideoutnow.de

www.insideoutnow.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Inside Out macht Radikalisierungsprävention! Inside Out entwickelt Angebote für Jugendliche, die ihnen Spaß machen. Jugendliche sollen über einen positiven, d. h. spielerischen, kreativen und kognitiv herausfordernden Ansatz zu Themen wie Extremismus und Polarisierung geführt werden. Sie werden emotional angesprochen und über das subjektive Erleben dazu angeregt, von sich aus Themen zu besprechen, die für sie relevant sind. Inside Out vermeidet Stigmatisierung, indem es nicht um „den Islam“ oder „die Nazis“ geht, sondern die Bedingungen von Radikalisierung jugendgerecht behandelt werden.

Inside Out begreift Radikalisierung als universale Konstante der Adoleszenz, die „nur“ gut moderiert werden kann. Im Zuge von gutem Leadership kommt es Inside Out darauf an, geeignete Fragen zu stellen, damit sich Jugendliche selbst in die Lage versetzen können, sich aktiv an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Dafür nutzt Inside Out Methoden aus Kunst- und Erlebnispädagogik.

Inside Out ist erstens daran interessiert Angebote für Jugendliche zu entwerfen, die ihnen zeigen, dass es erstrebenswert ist, in einer Gesellschaft zu leben, die offen und kritikfähig und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist. Das ist schwer, da in der Phase der Adoleszenz nichts uninteressanter erscheint, als sich für die Bewahrung des Status quo einzusetzen. Opposition und Kritik setzen in einer ausdifferenzierten Gesellschaft Bildung und Status voraus. Radikale Gruppierungen suggerieren schnellen Zugang zu Kritik und Umwälzung. Das ist für Jugendliche verlockend. Ziel in den Angeboten ist deswegen, Jugendliche für demokratische Prozesse, in all ihrem Aufwand, ihrer Langwierigkeit und Streitbarkeit zu sensibilisieren und verstehbar zu machen, warum einfache Lösungen, partikuläre Interessen und Vereinheitlichungen in Sackgassen führen.



PRÄVENTION

Die Angebote sollen Jugendlichen zeigen, dass es erstrebenswert ist, in einer Gesellschaft zu leben, die offen und kritikfähig und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.



BERATUNG

Kollegiale Beratung von Fachkräften zu Themen Radikalisierung, Religion und Demokratieförderung.



ZIELGRUPPEN

Jugendliche, Fachkräfte



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Louis Leitz Stiftung, Heidehof Stiftung, Bürgerstiftung Stuttgart, „Mitmachen Ehrensache!“, Eduard Pfeiffer Stiftung, Jugendstiftung BW, Vector Stiftung, Cobler Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg

Inside Out stellt zweitens Fachkräften Wissen zu den Themen Radikalisierung, Religion und Demokratieförderung zur Verfügung. Ziel ist immer die kollegiale Beratung. Denn als Fach- und Beratungsstelle akkumulieren wir zwar Wissen, sind jedoch nicht Expert*innen für die speziellen Bedürfnisse einzelner Jugendlicher und Gruppen vor Ort. Eine gelingende Beratung geschieht im Dialog, im Stellen der richtigen Fragen und in der Offenheit für alternative und integrierte Ansätze.

Ziel von Inside Out ist drittens, die gewonnenen Erkenntnisse für breite Kreise nutzbar zu machen. Die Angebote werden von anderen Stellen übernommen und so Nachhaltigkeit gewährleistet. Die Maßnahmen haben verstärkt das Interesse, an Partner*inneninstitutionen einen Ethos gelebter Vielfalt zu etablieren. Gefördert ist das Projekt bis Ende 2019 vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ, der Louis Seitz Stiftung, der Heidehof Stiftung, der Bürgerstiftung Stuttgart, „Mitmachen Ehrensache!“, der Eduard Pfeiffer-Stiftung, der Jugendstiftung BW, der Vector Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung für Bürgerrechte sowie durch das Staatsministerium Baden-Württemberg. 2017 wurde Inside Out von der Kommune Stuttgart mit dem Preis „Partner für Sicherheit“ ausgezeichnet.

Aktion Courage e. V.



Gründungsjahr

1992

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Förderung der Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Angehörigen verschiedener Nationen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa (Völkerverständigung)
- Überwindung von Intoleranz und Hass
- Lösung sozialer Konflikte durch friedenspolitische Bildungsarbeit, besonders Förderung der Jugend in diesem Sinne

Kontaktdaten

Aktion Courage e. V.

Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11
10787 Berlin

Tel.: 030.214 58 60

E-Mail: info@aktioncourage.org

www.aktioncourage.org

Kurzbeschreibung

Aktion Courage e. V. ist ein gemeinnütziger Verein, der Projekte initiiert und trägt, die sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wenden. Aktion Courage e. V. wurde 1992 von Bürgerinitiativen, Menschenrechtsgruppen, Vereinen und Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Lagern als eine Antwort auf den gewalttätigen Rassismus in Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock gegründet.

Aktion Courage e. V. ist Träger des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und verantwortlich für den bundesweiten Aufbau des Courage-Netzwerks und die Qualitätskontrolle. Bei „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ handelt es sich um eine geschützte Wort-Bild-Marke im Besitz von Aktion Courage e. V.

Im Moment konzentriert sich Aktion Courage e. V. bei seinen Aktivitäten auf das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, das bei Kindern und Jugendlichen Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und alle Ideologien der Ungleichwertigkeit leistet, unter anderem gegen Rassismus, Islamismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Homophobie.

Weitere Projekte des Trägers

Laut Vorstandsbeschluss konzentriert sich Aktion Courage e. V. gegenwärtig auf sein Leuchtturmprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Gründungsjahr

1995

Kontakt Daten

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 11

10787 Berlin

Tel.: 030.214 58 60

E-Mail: schule@aktioncourage.org

www.schule-ohne-rassismus.org

Kurzbeschreibung des Projekts

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist ein Projekt für alle Schulmitglieder. Es bietet Kindern, Jugendlichen und Pädagog*innen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Es ist das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Ihm gehören Anfang 2018 über 2.500 Schulen an, die von rund eineinhalb Millionen Schüler*innen besucht werden. Jede Schule kann den Titel erwerben, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt: Mindestens siebzig Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und arbeiten (Schüler*innen, Lehrer*innen und technisches Personal), verpflichten sich mit ihrer Unterschrift, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen.

Unterstützt werden die Schulen dabei bundesweit von den Landes- und Regionalkoordinationen in den Bundesländern bzw. den Regionen sowie von den mehr als 300 Kooperationspartner*innen. Die Landes- und Regionalkoordinationen halten persönlichen und regelmäßigen Kontakt zu den Schulen, begleiten sie standortnah und stellen so die Nachhaltigkeit des Ansatzes sicher. Die Kooperationspartner*innen qualifizieren und unterstützen die Schulen mit einem vielseitigen Angebot, das Antirassismus-Trainings für Klassen, Workshops zu rechter Musik, Seminare zu Mediation, Beratung bei Projekttagen, Informationsmaterial zu Antisemitismus, Referent*innen zu Frauenrechten, Moderator*innen zur Durchführung eines Open Space und noch vieles mehr umfasst.

Jede Courage-Schule muss außerdem mindestens eine*n Pat*in haben, den die Schüler*innen selbst suchen. Häufig handelt es sich bei den Pat*innen um Personen aus den Bereichen Kunst, Politik, Medien oder Sport. Indem sich die Pat*innen öffentlich für das Anliegen einsetzen, werden die Schüler*innen von ihnen nicht nur am Tag der Titelübergabe, sondern dauerhaft in ihrem Engagement unterstützt. Die Pat*innen leisten mit ihrem Einsatz einen wichtigen Beitrag, „Schule ohne Rassismus – Schule



PRÄVENTION

Vielseitiges Angebot wie beispielsweise Antirassismus-Trainings für Klassen, Workshops zu rechter Musik, Antisemitismus und Frauenrechten, uvm.



BERATUNG

Beratung u. a. bei Projekttagen zu verschiedenen Themen



ZIELGRUPPEN

Kinder, Jugendliche und Pädagog*innen, technisches Personal



FINANZIERUNG

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Action Courage e. V., bis März 2018 von der Bundeszentrale für politische Bildung, bis Ende 2019 „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

mit Courage“ als parteiunabhängiges und nachhaltig erfolgreiches Netzwerk der Menschenrechtsarbeit in ganz Deutschland zu verankern.

Die Geschäftsstelle der Bundeskoordination wurde bis März 2018 durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Darüber hinaus werden Teilbereiche durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, den Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie dem Trägerverein Aktion Courage e. V. gefördert.

Cultures Interactive – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention e. V.



Gründungsjahr

2005

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- bundes- und EU-weite Struktur-entwicklung für eine jugendkulturelle pädagogische Praxis in der Extremismusprävention
- Angebote der Prävention und Distanzierung für Jugendarbeit und Schule
- Fachkräfte-Fortbildungen
- Train-the-trainer-Qualifizierungen
- Erarbeitung und Bereitstellung von Methoden und Handlungskonzepten
- Beratung und Coaching
- sozialraumorientierte und überregionale Netzwerkbildung

Kontaktdaten

Cultures Interactive – Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention e. V.
 Mainzer Str. 11
 12053 Berlin
 Tel.: 030.604 019 50
 E-Mail: info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

Paul-Schneider-Straße 17
 99423 Weimar
 Tel.: 03643.443 22 39
 E-Mail: info@cultures-interactive.de
www.cultures-interactive.de

Kurzbeschreibung

Cultures Interactive (CI) ist ein international tätiger Fachträger zu Jugendkulturen in der Prävention von Rechtsextremismus, religiösem Fundamentalismus sowie anderen Formen von gruppenbezogenem Hass. Der von CI entwickelte zivilgesellschaftliche Jugendkulturansatz verbindet lebensweltlich orientierte politische Bildung mit Jugendkulturen und narrativer Gruppenarbeit. Grundprinzipien sind: jugendkulturelles Selbermachen/ DIY, solidarisches Arbeiten, Erzählen und Nacherleben sowie Reflektieren und Perspektivwechsel.

CI baut bundesweit Strukturen einer menschenrechtsorientierten Jugendkulturarbeit in Kooperation mit lokalen Träger*innen und Jugend(verbands)arbeit auf und bietet Projekttag und Workshops für Schulen und Jugendeinrichtungen, Intensiv-Trainings, Fachkräfte-Fortbildungen, Beratungen, Handlungskonzepte und pädagogische Materialien an.

Das Team besteht aus Fachkräften aus Jugendkulturen, politischer Bildung, Sozialarbeit, Mediation/Supervision, Kulturwissenschaften sowie sozialtherapeutischer Gruppenarbeit. Wir sind überzeugt: Good practice-Methoden sind in der Präventions- und Distanzierungsarbeit bei allen Formen eines sogenannten Extremismus ähnlich. In den Feldern Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus kommt dabei Genderthematiken eine besondere Bedeutung zu.

Der (inter-)nationale Fachaustausch zu präventiver Jugendarbeit/Jugendhilfe bildet einen weiteren Schwerpunkt. Beispiele für eine Vernetzung sind das europaweite Radicalisation Awareness Network (RAN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie die Strukturentwicklung in Mittel- und Osteuropa.

Weitere Projekte des Trägers

- „DisTanZ“ – Trainingsmaßnahmen für Risikojugendliche und Aufbau von lokal verankerten Zentren zu Radikalisierungsprävention (Schwerpunkt Thüringen/Weimar Land)
- „Fair*in“ – Modellprojekt zur genderreflektierten Rassismusprävention in den beiden Regionen Frankfurt an der Oder (Brandenburg) und Vechta (Niedersachsen) in Schulen, Jugendklubs und Einrichtungen für Geflüchtete
- „Phäno-Cultures“ – phänomenübergreifende politische (Jugendkultur-)Bildung zur Stärkung menschenrechtlicher und demokratischer Haltungen

WomEx – Frauen und Genderaspekte in Prävention und Intervention

Gründungsjahr

2011

Kontaktdaten

WomEx – Frauen und Genderaspekte in Prävention und Intervention

Mainzer Str. 11
12053 Berlin
Tel.: 030.604 019 50
www.womex.org

Kurzbeschreibung des Projekts

Gender ist ein entscheidender Faktor bei der ideologischen Ausprägung und bei der Disposition von (jungen) Frauen und Männern, sich Rechtsextremismus, militant-islamistischem oder christlichem Fundamentalismus zuzuwenden. Im Rahmen des Projekts „WomEx“ wurden Literatur und Forschung in diesem Bereich ausgewertet, Gespräche mit Expert*innen und Praktiker*innen geführt und die Situation von jungen Frauen, die sich rechtsextremen und religiös-extremistischen Kontexten zuwenden, untersucht. Gefördert wurde „WomEx“ 2012–2014 durch das Programm zur Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung (ISEC) der EU und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Durch Fortbildungen und Netzwerkarbeit wollen wir mit WomEx.org für die Bedeutung und den strategischen Einsatz von Mädchen und Frauen sowie für geschlechtsspezifischen Ideologien in extremistischen Gruppen sensibilisieren. Für die pädagogische Praxis der Prävention und Distanzierung ist die Bearbeitung von konfliktreichen Gender-Thematiken entscheidend, da Sexismus, Homophobie und Ungleichwertigkeitsvorstellungen von Frauen und Männern ein wesentlicher Teil rechts-extremer, islamistischer und christlich-fundamentalistischer Ideologien sind. Wichtig für die Präventions- und Distanzierungsarbeit ist zudem, dass Mädchen und Frauen an anderen Orten als Männer zu erreichen sind. Auch spielt die Frage nach Distanzierungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen aus hoch-ideologisierten Umfeldern eine wichtige Rolle im Kontext des Themas Gender und Radikalisierungsprävention.

Das Projekt ist offiziell seit 2014 abgeschlossen. Die Thematik hat jedoch im Bereich religiös begründeter Extremismus bzw. in einer vergleichenden Perspektive zu Rechtsextremismus stark an Bedeutung gewonnen.



PRÄVENTION

Genderspezifische Themen wie Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Homophobie und Sexismus müssen bei Prävention mitgedacht werden.



BERATUNG

Auch nach Abschluss des Projektes werden Beratungen und Fortbildungen angeboten.



ZIELGRUPPEN

Mädchen, Frauen und Multiplikator*innen



LAUFZEIT

2011–2014



FINANZIERUNG

Programm zur Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung (ISEC) der EU und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Cultures interactive e. V. arbeitet weiter zu diesem Thema und bietet Vorträge, Beratungen und Fortbildungen zu genderreflektierten Ansätzen in der Präventions- und Distanzierungsarbeit an. Es sind verschiedene Publikationen zur Thematik erschienen. In der BAG RelEx sind wir mitverantwortlich für die AG Gender und planen, gemeinsam mit anderen Träger*innen aktualisierte Fortbildungsformate zu entwickeln und im Trägerverbund anzubieten.

WEITERE INFORMATIONEN ZU CULTURES INTERACTIVE E.V.:

www.cultures-interactive.de/de/fachartikel.html

www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/231380/gender-reflektierte-praeventionsarbeit

PHÄNO-Cultures – Phänomenübergreifende politische (Jugendkultur-)Bildung

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

PHÄNO-Cultures – Phänomenübergreifende politische (Jugendkultur-)Bildung

Mainzer Str. 11

12053 Berlin

Tel.: 030.604 019 50

www.cultures-interactive.de/de/projekte.html

Kurzbeschreibung des Projekts

„PHÄNO-Cultures – phänomenübergreifende politische (Jugendkultur-)Bildung“ zur Stärkung menschenrechtlicher und demokratischer Haltungen bei durch religiösen und/oder ideologischen Extremismus gefährdeten Jugendlichen ist ein Modellprojekt, das durch die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird.

Mit dem Projekt wird Cultures Interactive e.V. seine Arbeit methodisch und personell um die Möglichkeit erweitern, eine dezidiert phänomenübergreifende Extremismusprävention in Schulen und Jugendklubs anbieten zu können.

WIR VERFOLGEN ZWEI SCHWERPUNKTE:

1. die Weiterentwicklung der jugendkulturellen und medial gestützten politischen Bildung in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Inhalten und Anwerbestrategien durch so-ziale Medien, Internet, Film- und Musikproduktion von extrem rechten und islamistischen Organisationen und
2. die Entwicklung von Mädchenspezifischen bzw. genderbewussten Zugängen für die Arbeit der primären und gegebenenfalls sekundären Prävention.

Ausgehend von islamistischen Jugendphänomenen im Jugendmedien- und Jugendkulturbereich sowie von Mädchenspezifischen und genderbewussten Ansätzen sollen neue Formen der Stärkung von menschenrechtlichen und demokratischen Haltungen mit verschiedenen bzw. gemischten Gruppen entwickelt werden. Parallel hierzu werden auch entsprechende Phänomene aus dem Bereich des Rechtspopulismus/-extremismus einbezogen wie z.B. die überwiegend jugendlich ausgerichtete Identitären- und Nipster-Bewegung (Nazi-Hipster).



PRÄVENTION

Das Projekt fördert die Entwicklung von Mädchenspezifischen bzw. genderbewussten Zugängen für die Arbeit der primären und gegebenenfalls sekundären Prävention.



ZIELGRUPPEN

Jugendliche



FINANZIERUNG

Bundeszentrale für politische Bildung

Gefährdete Jugendliche und deren Umfeld sollten möglichst früh angesprochen werden und Reflexionsmöglichkeiten in Konfrontation mit medial und im Internet vermittelten Inhalten und Rekrutierungsstrategien (von rechtsextremen oder militant-islamistischen Organisationen) erhalten. Dabei wird vor allem die Perspektive für Genderrollen-Verständnisse herangezogen und geschlechts- bzw. Mädchenspezifische Angebote entwickelt.

2018 finden Fokusgruppen-Gespräche zur thematischen Sondierung und Methodenentwicklung statt. Erste Schulprojekttage mit je 80–100 Teilnehmer*innen finden statt. Insgesamt sind zehn bis zwölf Schulprojekttage in sechs Bundesländern für die Methodenerprobung und Evaluation vorgesehen. Ab 2019 werden auch regelmäßige Mädchengruppen an Schulen für die Präventionsarbeit erprobt. Die Arbeit wird eng an bestehende lokale Netzwerke angebunden.

Das Projekt wird extern evaluiert und durch einen Beirat begleitet.

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung (DEVI)



Verein für Demokratie und Vielfalt
in Schule und beruflicher Bildung

Gründungsjahr

2012

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Wir begleiten und beraten seit über zehn Jahren Berufsschulen und Oberstufenzentren bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), Diskriminierungen und religiös begründeten Extremismus.
- Unsere Leitlinie ist die Förderung von Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Unsere Projektorte sind Berlin, Brandenburg und Hamburg.

Kontaktdaten

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schulen und beruflicher Bildung (DEVI)

Ramlerstraße 27

13355 Berlin

Tel.: 030.475 956 41

Fax.: 030.475 956 09

E-Mail: kontakt@devi.berlin

www.demokratieundvielfalt.de

Kurzbeschreibung

Begleitung, Beratung, Fortbildung und Materialentwicklung – wir begleiten, beraten und unterstützen seit über zehn Jahren Berufsschulen und Oberstufenzentren bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF), Diskriminierungen und religiös begründeten Extremismus. Unsere Leitlinie ist die Förderung von Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Unsere Projektorte sind Berlin, Brandenburg und Hamburg.

Wir bieten Fortbildungen für Pädagog*innen in der beruflichen Bildung an, begleiten Audit-Verfahren zur Schulentwicklung, unterstützen Schüler*innen, die sich im Klassenrat, in der Schüler*innenvertretung oder für Initiativen wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ engagieren, führen Seminare und Klagentage mit Schüler*innen durch und entwickeln Handreichungen und Argumentationshilfen, die auch überregional und für allgemeinbildende Schulen von Wert sind. Zusätzlich unterstützen wir auch die Organisation von größeren Aktionen oder Veranstaltungen in Einrichtungen der beruflichen Bildung.

Weitere Projekte des Trägers

- Oberstufenzentren für Zusammenhalt, Demokratie und Vielfalt
- „Hör mir zu! – Für Demokratie und Vielfalt – gegen Islamfeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung“
- Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt
- Werkstattgespräche
- Audits für Wertschätzung und Beteiligung und Audits gegen Islamfeindlichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)
- Unterstützung von Schülervertretungen
- Klassenrat

Berliner (Berufs-)Schulen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schulen und beruflicher Bildung (DEVI)

Ramlerstraße 27

13355 Berlin

Ansprechpartnerin: Gülcan Coşkun

E-Mail: guelcan.coskun@devi.berlin

Tel.: 030.475 956 41

www.demokratieundvielfalt.de/projekte/berliner-berufs-schulen-fuer-weltanschauliche-und-religioese-vielfalt/

Kurzbeschreibung des Projekts

Prävention von religiös begründeten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Einstellungen, konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Radikalisierung.

Das Thema Prävention von religiös begründeten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Einstellungen sowie der pädagogische Umgang mit konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Radikalisierung von Schüler*innen sind eine neue Herausforderung für die Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen und die engagierten Schüler*innen und Auszubildenden an den (Berufs-)Schulen.

DAS PROJEKT BIETET:

- Fortbildung für Beratungslehrer*innen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt
- Schulberatung- und Entwicklung
- Foren und Klassentage für Schüler*innen und Auszubildende

Kernstück des Projektes ist die Fortbildung von Lehrer*innen bzw. schulischen Sozialpädagog*innen zu Beratungslehrer*innen für weltanschauliche und religiöse Vielfalt. Thematisch liegt der Schwerpunkt auf dem Umgang mit Islamismus und konfrontativer Religionsbekundung.

Insgesamt findet im Schuljahr 2017/2018 und im Schuljahr 2018/2019 jeweils ein Ausbildungsgang mit acht Fortbildungstagen (Ganztagsveranstaltungen) inklusive einer Auftakt- und einer Abschlussveranstaltung statt. Der erste Durchgang der Fortbildungsreihe ist am 23. November 2017 mit einer Auftaktveranstaltung gestartet.

Über aktuelle Fortbildungsmöglichkeiten können Sie sich über unsere Website informieren. Alternativ kontaktieren Sie bitte Gülcan Coşkun.



PRÄVENTION

Prävention von religiös begründeten demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Einstellungen, konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Radikalisierung.



BERATUNG

Beratung und Fortbildung u. a. im Umgang mit konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Radikalisierung.



ZIELGRUPPEN

Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen, Schüler*innen, Auszubildende

Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland e. V.



Gründungsjahr

2000

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e.V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Rassismus und Diskriminierung
- Rechtspopulismus, rechte Weltbilder und rechte Gewalt
- Antisemitismus gestern und heute
- Islamismus und Islamfeindlichkeit
- Diversity und Heterogenität
- Zivilcourage
- Demokratie

Kontaktdaten

Gesicht Zeigen! – Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
 Am Festungsgraben 1
 10117 Berlin
 Tel.: 030.303 080 80
 Fax.: 030.303 080 830
 E-Mail: kontakt@gesichtzeigen.de
www.gesichtzeigen.de

Kurzbeschreibung

Gesicht Zeigen! ermutigt Menschen, aktiv zu werden gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt. Der Verein greift in die aktuelle politische Debatte ein und bezieht öffentlich Stellung. Ziel von Gesicht Zeigen! ist die Sensibilisierung für jede Art von Diskriminierung und die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Für dieses Ziel entwickelt Gesicht Zeigen! Projekte und Aktionen, die Vorurteile abbauen und das Miteinander fördern. Der Verein initiiert öffentliche Kampagnen im Kino, TV oder auf Plakaten, die für Zivilcourage werben und die von zahlreichen Prominenten unterstützt werden. Auf Facebook informiert der Verein täglich zum aktuellen Geschehen.

Gesicht Zeigen! beschäftigt die Frage, wie ein gutes Zusammenleben in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft aussehen kann. Unsere Workshops und Fortbildungen richten sich an Jugendliche, Schulklassen und Multiplikator*innen – von A wie Ausgrenzung bis Z wie Zivilcourage. Der Verein verfügt über vielfältige Erfahrungen in der pädagogischen Praxis zu demokratie-relevanten Themen – auch und gerade mit Jugendlichen, die mit klassisch-kognitiven Lernformen schwer zu erreichen sind.

Weitere Projekte des Trägers

- Die künstlerische Ausstellung „7xjung“ (Lernort des Vereins Gesicht Zeigen!)
- Die Freiheit, die ich meine (Projekt zur Islamismusprävention und Demokratieverziehung)
- Störungsmelder on tour (Gemeinsam mit Prominenten führen wir Workshops an Schulen zum Thema Rechtspopulismus und Zivilcourage durch)
- Media Residents – Netzwerk für Menschen mit Publikationshintergrund (ein Medienprojekt für und mit Geflüchteten)

Die Freiheit, die ich meine

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Die Freiheit, die ich meine

Am Festungsgraben 1

10117 Berlin

Ansprechpartnerinnen: Gonca Monypenny,

Katrin Benzenberg und Julia Förster

Tel.: 030.303 080 821

Fax.: 030.303 080 823

E-Mail: freiheit@gesichtzeigen.de

www.gesichtzeigen.de/angebote/die-freiheit-die-ich-meine

Kurzbeschreibung des Projekts

„Die Freiheit, die ich meine“ ist ein Projekt zur primären Islamismusprävention und Demokratieförderung. Erkenntnisse aus der Extremismusforschung zeigen, dass extremistische Gruppierungen ihre Ansprache und Rekrutierung von Jugendlichen oft genderspezifisch gestalten. Da die Propagierung bestimmter Geschlechterrollen dabei zentrales Element ist und eine Unsicherheit in diesem Bereich Andockstelle für Islamist*innen und ihre Propaganda ist, setzt das Projekt an dieser Stelle an.

Das Projekt besteht aus drei Säulen und richtet sich an Frauen und Mädchen im Bezirk Mitte in einem mehrheitlich muslimischen und migrantischen Kontext. Es ist sozialraumorientiert, das heißt an den Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten der Zielgruppe ausgerichtet.

Unsere Grundhaltung ist respektvoll, sensibel gegenüber Diskriminierungserfahrungen und vertrauensvoll. Primäre Präventionsarbeit bedeutet für uns keine alleinige Fokussierung auf islamistische Weltanschauungen und Propagandastrategien, sondern bezieht Elemente der politischen Bildung und der Demokratieverziehung mit ein. Das Projekt zielt darauf ab, dass die Teilnehmerinnen aktuellen Herausforderungen selbstbewusst und eigenständig begegnen können. Sie sollen sich als aktive Mitglieder der Gesellschaft betrachten und dazu befähigt sein, religiös begründete Hetze zu erkennen und ihr zu widerstehen. Das Projekt bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Identität, Religion und Demokratie. Da diese positives Handeln fördern, steht die Vermittlung positiver Erfahrungen im Zentrum.

1. In Workshopreihen für Schülerinnen werden u.a. die Unterstützung bei der Suche nach Identität, Zugehörigkeit und Partizipationsmöglichkeiten in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, die Vermittlung eines mündigen und reflektierten Religionsverständnisses, die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen und „Empowerment“ der Mädchen behandelt.



PRÄVENTION

Projekt zur primären Islamismusprävention und Demokratieförderung



ZIELGRUPPEN

Frauen und Mädchen im Bezirk Mitte in einem mehrheitlich muslimischen und migrantischen Kontext sowie Interessierte



LAUFZEIT

2015 bis Ende 2019



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BFSFJ) mit einer Kofinanzierung des Berliner Senats

Gemeinsam beschäftigen wir uns mit Kennenlern-, Lern- und Selbstreflexionsprozessen. Durch die niedrigschwellige Vermittlung von Wissen über den Islam sollen Diskussionen über verschiedene Interpretationen ermöglicht werden. Zudem arbeiten wir mit positiven Rollenbildern und bieten Exkursionen (Jüdisches Museum etc.) an.

2. Durch Fortbildungen für Kiez-Mütter, eine Fortbildungsreihe zur politischen Bildung, werden Frauen ausgebildet, die vor Ort in Familien gehen und so direkten Zugang und Einfluss auf das soziale Umfeld von jungen Muslim*innen haben. Dort werden ähnliche Themen wie in den Schülerinnen-Workshops sowie mögliche Anzeichen und Maßnahmen bei Radikalisierungsprozessen von Jugendlichen behandelt.

3. Bei Veranstaltungen und Fachaustausch werden Begegnungsräume für relevante Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geschaffen und so der konstruktive und reflektierte Umgang mit Herausforderungen im Bereich Einwanderung und Integration gefördert. In öffentlichen Veranstaltungen informieren und sensibilisieren wir die breite Öffentlichkeit zu den Themen Islamismus und Prävention.

Das Projekt ist Teil des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und auf einen Zeitraum von fünf Jahren angelegt. Es wird vom Berliner Senat kofinanziert.

Lernort 7xJung

Gründungsjahr

2007

Kontakt Daten

Lernort 7xJung

Flensburger Straße 3

S-Bahn-Bögen 416–422

10557 Berlin

Tel.: 030.303 080 825

E-Mail: ausstellung@gesichtzeigen.de

www.www.7xjung.de/

Kurzbeschreibung des Projekts

Vor dem Hintergrund, Zusammenhalt und Respekt als entscheidende Voraussetzungen und wesentliche Basis von Demokratie lebendig und erlebbar werden zu lassen, wurde die Ausstellung „7xjung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt“ ins Leben gerufen. „7xjung“ setzt die Erkenntnis in die Praxis um, dass die gelebte Erfahrung von Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft für Perspektivwechseln und Engagement ist. Damit ist der künstlerisch geprägte Lernort ein innovatives Angebot der politischen Bildung und Demokratieerziehung mitten in Berlin mit bundesweiter Strahlkraft.

Mit der Botschaft, dass jeder Mensch etwas dazu beitragen kann, dass wir in einer demokratisch-weltoffenen Gesellschaft friedlich zusammenleben, erschafft dieser außerschulische Lernort einen besonderen Bildungsraum. So werden ungewöhnliche Zugänge zur aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit früher sowie Identität, Ausgrenzung und Zivilcourage heute geboten. Am Lernort werden sieben Themen der Lebenswelt von Jugendlichen inszeniert, die heute, aber auch zur NS-Zeit erlebbar waren. Zudem entstehen neue Perspektiven auf Geschichte und Gegenwart auch in Workshops, die dem Bewusstsein und der Motivation für couragiertes Handeln Raum geben. Im Unterschied zu anderen Einrichtungen bietet „7xjung“ dafür jedoch keinen historischen Bezugsrahmen, sondern stellt persönliche Erfahrungen und Schlussfolgerungen von Menschen in künstlerisch verdichteter Form zur Diskussion. Dieser individuell-assoziative Ansatz ermöglicht es, die Lebenserfahrungen und Fragestellungen der heutigen Jugendlichen aktiv einzubeziehen und Fragen von Demokratie und Diversität unserer heutigen Gesellschaft konkret zu erörtern. Mit Themen wie Antisemitismus und Rassismus, Identität und Diversität, Flucht und Migration, Diskriminierung und Freiheit, Rechtspopulismus und Zivilcourage wird ein breites Spektrum abgedeckt.



PRÄVENTION

Zusammenhalt und Respekt als entscheidende Voraussetzungen und wesentliche Basis von Demokratie werden lebendig und erlebbar gemacht.



ZIELGRUPPEN

Kinder und Jugendliche aus allen Milieus und Schichten, mit und ohne „Hintergründe“, ab ca. elf Jahren



FINANZIERUNG

anfangs Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ (BMFSFJ), ab Februar 2018 Berliner Senat

Das Angebot richtet sich an Kinder und Jugendliche aus allen Milieus und Schichten, mit und ohne „Hintergründe“, ab ca. elf Jahren. Angesprochen werden neben Schulen auch andere Stellen wie z. B. freie Jugendarbeit. Bisher wahrgenommen wurde es von rund 20.000 Jugendlichen. Hinter dem Erfolg verbirgt sich die Verbindung der drei Kernelemente: (1) eine in Bezug auf die Zielgruppen und die Themen qualifizierte, wertschätzende Raumgestaltung, (2) die Entwicklung einfach handhabbarer Workshop-Requisiten und Spielmaterialien, (3) die qualitative Steuerung der Arbeitsweisen in der praktischen Bildungsarbeit, die für die Teilnehmer*innen ein einander zugewandtes Arbeiten auf Augenhöhe erlebbar werden lässt.

Die Entwicklung wurde als Modellprojekt im Förderprogramm „Vielfalt tut gut“ durch das BMFSFJ gefördert. Einige spätere Modellprojekte haben den Lernort fachlich weiterentwickelt und dabei nachhaltig genutzt. Ab Februar 2018 stellt der Berliner Senat eine Grundfinanzierung zur Verfügung, die jedoch für eine weitere fachliche Qualitätsentwicklung nicht ausreicht. Die Deutsche Bahn unterstützt die Nutzung der S-Bahn-Bögen am S-Bahnhof Bellevue.

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA)

KIGA

POLITISCHE BILDUNG FÜR
DIE MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Gründungsjahr

2003

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

Bildungsangebote für Schulen und für die außerschulische Jugendbildung in den Themenbereichen:

- historisch-politische Bildung
- Antisemitismus
- Islam/Islamismus/Radikalisierung
- anti-muslimischer Rassismus
- Diskriminierung/Intersektionalität

Kontaktdaten

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA)

Kottbusser Damm 94

12053 Berlin

Tel.: 030.235 882 30

E-Mail: mail@kiga-berlin.org

www.kiga-berlin.org

Kurzbeschreibung

Der Bildungsträger KIgA e.V. entwickelt innovative Konzepte für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft. Seit 2003 erarbeiten wir modellhafte und lebensweltlich orientierte pädagogische Ansätze und Materialien für die politische Bildung und setzen sie in die Praxis um.

Vielfältig und innovativ: Wir erstellen komplexe, sensible und politisch brisante Inhalte zum Thema. Wir sind aktiv in den folgenden Bereichen:

- Antisemitismus
- Islam/Islamismus/antimuslimischer Rassismus
- historisch-politische Bildung

Unsere Zielgruppe ist die Migrationsgesellschaft. Unser spezifischer Schwerpunkt ist die Arbeit mit muslimisch-sozialisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Unser Team arbeitet interdisziplinär und setzt sich aus Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen.

Kompetent und bundesweit: Bundesweit unterstützen wir mit unseren Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen Interessierte aus Bildung und Zivilgesellschaft. Wir qualifizieren Multiplikator*innen, gestalten wissenschaftliche Diskurse aktiv mit und bieten Expertisen und Beratung für den Bildungsbereich, für Politik und Gesellschaft.

Weitere Projekte des Trägers

- Anders Denken
- Commitment without Borders/Transnational Network against Antisemitism
- Berlin in Vielfalt. Jüdischem Leben begegnen – Vorurteile abbauen
- Discover Diversity – between the Present and the Past
- Umgang mit auf die Türkei bezogenen Konfliktfeldern in der Schule

Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen

Oranienstraße 34

10999 Berlin

Ansprechpartnerin: Dr. Britta Elena Hecking

Tel.: 030.830 309 130

E-Mail: britta.hecking@kiga-berlin.org

www.kiga-berlin.org

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Modellprojekt „Akteure der Jugendbildung stärken – Jugendliche vor Radikalisierung schützen“ entwickelt Maßnahmen und Strategien zur Vorbeugung demokratiefeindlicher Einstellungen und islamistischer Radikalisierungen.

Unter primärer Radikalisierungsprävention verstehen wir die Förderung von Prozessen der Ermächtigung und Teilhabe junger Menschen durch Bildungsangebote, die kritisches und reflexives Denken rund um das Thema Zusammenleben in Vielfalt befördern sollen.

Die drei Säulen des Projekts umfassen erstens sozialräumliche Präventionsansätze, zweitens peer-basierte Bildungsstrategien und drittens Fortbildungen für Multiplikator*innen:

1. DIVERCITIES:

PRÄVENTIONSKONZEPTE FÜR DIE VIELFÄLTIGE STADT

In einem Förderquartier des Programms Soziale Stadt in Berlin-Kreuzberg unterstützt die KIgA lokale Akteur*innen mit Fortbildungsangeboten rund um das Thema Zusammenleben in Vielfalt und erarbeitet mit ihnen ein Präventionskonzept, um Gewalt- und Radikalisierungsprozessen entgegenzuwirken. Zugleich gestaltet die KIgA e.V. Angebote für die Bewohner*innen, um den Dialog und respektvollen Umgang zwischen den Bewohner*innengruppen zu fördern und Prozesse der Ermächtigung und Teilhabe zu fördern. Zu den Angeboten gehören Workshops für Frauen- und Männergruppen, Peer-to-Peer-Angebote in der Jugendarbeit sowie Filmvorführungen und Foren für alle Bewohner*innen. Die politische Bildungsarbeit in die freie Jugendarbeit zu integrieren ist eine methodische Herausforderung, die wir aktuell durch die Verbindung thematischer Wissensvermittlung mit kreativen Angeboten ausprobieren.



PRÄVENTION

Das Projekt entwickelt Maßnahmen und Strategien zur Vorbeugung demokratiefeindlicher Einstellungen und islamistischer Radikalisierungen (primäre Radikalisierungsprävention).



ZIELGRUPPEN

Jugendliche, Multiplikator*innen, lokale Akteur*innen, Bewohner*innen



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), F. C. Flick Stiftung, Landeskommission Berlin gegen Gewalt

2./3. AKRAN:

PEER-TO-PEER GEGEN VORURTEILE. EIN QUALIFIZIERUNGSPROGRAMM FÜR MUSLIMISCHE JUGENDLICHE

KIgA e. V. hat in den letzten Jahren reichhaltige und wertvolle Erfahrungen in der Einbeziehung von muslimisch sozialisierten Jugendlichen in die politische Bildungsarbeit gesammelt. Mit dem Projekt „Peer-to-Peer gegen Vorurteile“ möchte KIgA e. V. bestehende Erfahrungen und Ansätze weiterentwickeln, sodass ein theoretisch fundiertes und praxisorientiertes Qualifizierungsprogramm entsteht. Das Konzept umfasst die Vermittlung thematisch-inhaltlicher, methodisch-didaktischer und sozialer Kompetenzen.

Die erste Runde der Akran-Ausbildung endete im Dezember 2017. Im Rahmen der zweijährigen Ausbildung wurden neben theoretischer Wissensvermittlung zu den Themen Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus, Gender, Jugendkultur und Islamismus auch viele praktische Einsätze durchgeführt.

Viele der Peers waren nicht nur in Schulworkshops im Einsatz, sondern auch in Jugendeinrichtungen und Moscheegemeinden. In Kooperation mit dem Multikulturellen Forum e. V. aus Dortmund wird im April 2018 die zweite Runde der AKRAN-Ausbildung mit insgesamt 16 muslimischen Jugendlichen, die als Peer-educator qualifiziert werden, beginnen.

2018/2019 werden die Erfahrungen und Ergebnisse des Projekts auf Fortbildungen weitergegeben, publiziert und auf Fachtagungen vorgestellt.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA)



Gründungsjahr

1991

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Die RAA Berlin ist ein freier Träger, der sich den Herausforderungen Bildung, Integration und Demokratie widmet.
- Sie engagiert sich durch Beratung, Fortbildung, Ausbildung von Multiplikator*innen und Bereitstellung von Materialien, Dienstleistungsangeboten und eigenen Modellprojekten.
- Ihre Initiativen dienen dem Ziel, bessere Chancen und Beteiligungsmöglichkeiten insbesondere für Heranwachsende zu schaffen.

Kontaktdaten

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA)

Boyenstraße 41
10115 Berlin
Tel.: 030.240 451 00
E-Mail: info@raa-berlin.de
www.raa-berlin.de

Kurzbeschreibung

Die RAA Berlin entwickelt und trägt Partizipationsprojekte in unterschiedliche Communities sowie in Schule und Schulumfeld. Seit 1995 begleitet sie Schulentwicklungsprozesse, berät Kita- und Schulpersonal sowie Eltern, erstellt Materialien und führt Fortbildungen durch. Die Programme der RAA Berlin fördern die gleichberechtigte Teilhabe von sozial benachteiligten Gruppen und befähigen diese, Lösungsansätze für sie betreffende gesellschaftliche Herausforderungen zu konzipieren und umzusetzen. Zu den Partner*innen gehören externe Fachleute, die ihre Expertise einbringen, sowie Ratsuchende aus Schule und Jugendhilfe, Familie, Nachbarschaft, Politik und Verwaltung, die sie bei der Problemlösung und -lösung unterstützen.

Bei der Bekämpfung von Benachteiligung und Diskriminierung verfolgt die RAA Berlin zwei Strategien: Die Stärkung der benachteiligten Gruppe als Entwicklungsprozess (und Empowerment) und die maßgebliche Beteiligung an der Bekämpfung von Vorurteilen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit von Angehörigen der benachteiligten Minderheit.

Eine besondere Expertise im Themenfeld hat sich der Träger mit der Umsetzung mehrerer Projekte in der Prävention von islamistischem Extremismus erarbeitet. Hierzu zählt u.a. das Projekt „Juma – jung, muslimisch, aktiv“, aus dem inzwischen ein eigenständiger Jugendverein hervorgegangen ist, der von der RAA unterstützt und gecoacht wird.

Weitere Projekte des Trägers

- Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken
- Interreligious Peers
- Unser muslimisches Erbe
- Crossover
- Coaching des JUMA-Vereins

Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken

Boyenstraße 41

10115 Berlin

Tel.: 030.240 451 00

E-Mail: info@raa-berlin.de

www.jugendarbeit-staerken.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Extrem demokratisch – Muslimische Jugendarbeit stärken: Ein Angebot für Multiplikator*innen der muslimischen Jugendarbeit und ihre Partner*innen.

Qualifizierung im Bereich Extremismusprävention und Aufbau einer demokratiefördernden Jugendarbeit; Coaching der Multiplikator*innen und Unterstützung bei der Umsetzung eigener Praxisprojekte.



PRÄVENTION

Qualifizierung im Bereich Extremismusprävention und Aufbau einer demokratiefördernden Jugendarbeit.



BERATUNG

Coaching und Unterstützung bei der Umsetzung eigener Praxisprojekte.



ZIELGRUPPEN

Multiplikator*innen der muslimischen Jugendarbeit und ihre Partner*innen.



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Interreligious Peers

Gründungsjahr

2012

Kontaktdaten

Interreligious Peers

Boyenstraße 41

10115 Berlin

Ansprechpartner: Kofi Ohene-Dokyi

Tel.: 030.240 455 54

Mail: kontakt@interreligious-peers.de

www.interreligious-peers.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Ein Angebot für Schulklassen. In religiös gemischten Teams (jüdisch, christlich, muslimisch, bahai) diskutieren die Peers mit den Schüler*innen über ihre Erfahrungen mit Religion, das Verbindende und Stärkende und die gegenseitige Wertschätzung und Bereicherung. Ausgangspunkt sind die persönlichen Erfahrungen der Schüler*innen.



BERATUNG

Beratung und Erfahrungsaustausch bei interreligiösen Fragen.



ZIELGRUPPEN

Schulklassen



FINANZIERUNG

Gefördert durch Robert Bosch Stiftung, Landekommission Berlin gegen Gewalt, Bundesministerium des Inneren.

Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.



**Türkische Gemeinde in Deutschland
Almanya Türk Toplumunu**

Gründungsjahr

1995

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Anti-Rassismus und Empowerment:
- Beratung und Coaching in der Organisationsentwicklung
 - Know-how-Transfer (Fördermittelakquise, Projektmanagement)
 - Weiterleitung von öffentlichen Geldern

Kontaktdaten

**Türkische Gemeinde
in Deutschland e. V.**
Obentrautstraße 72
10963 Berlin
Tel.: 030.236 351 00
Fax: 030.236 355 89
E-Mail: info@tgd.de
www.tgd.de

Kurzbeschreibung

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) setzt sich für die Interessen und die gesellschaftliche wie politische Teilhabe von Migrant*innen ein.

DARAUS ERGEBEN SICH FÜR DIE TGD ZWEI WICHTIGE ZIELGRUPPEN:

- Migrant*innen bzw. Personen aus Einwanderungsfamilien und ihre Organisationen
- Akteur*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

Unser Ziel ist eine lebendige Migrationsgesellschaft, in der Vielfalt gelebt wird und die in Institutionen, Politik und Medien sichtbar repräsentiert ist.

Seit dem Gründungsjahr 1995 hat sich unser Land weiterentwickelt und mit ihm auch die Türkische Gemeinde in Deutschland. Heute begreifen wir uns als Bestandteil der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Deutschland. Wir möchten erreichen, dass möglichst viele Menschen Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Werte unserer Verfassung übernehmen und sich für eine inklusive Gesellschaft einsetzen. Dafür müssen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen erfüllt sein. Als Schlüssel zu einer erfolgreichen Migrationsgesellschaft und zum Erhalt unserer Demokratie gleichermaßen streben wir Partizipation an und setzen uns für diese ein. Wir nähern uns diesen Zielen über Themenschwerpunkte und spezifische Projekte.

UNSERE AKTUELLEN THEMEN SIND:

- politische Partizipation und Teilhabe
- Flucht und Asyl
- Religion
- Diskriminierung und Rassismus
- EU und Türkei
- Bildung und Wissenschaft

Weitere Projekte des Trägers

- Mein Land – Zeit für Zukunft. Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung.
- BFD – Der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug
- Gemeinsam. Schaffen. Patenschaften für das WIR der Verschiedenen
- Strukturförderung zum bundeszentralen Träger
- Entwicklung und Umsetzung von Empowermentstrategien mit Migrant*innen und Migrant*innenorganisationen
- Strukturförderung von Migrant*innenorganisationen

Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus

Obentrautstraße 72

10963 Berlin

Tel.: 030.210 038 13

Fax: 030.236 355 89

E-Mail: info@praeventionsnetzwerk.org

www.tgd.de/projekte/praeventionsnetzwerk-gegen-religioes-begrueendeten-extremismus

www.praeventionsnetzwerk.org

Kurzbeschreibung des Projekts

In einem Zeitraum von fünf Jahren (2015–2019) soll ein professionelles und bundesweit agierendes Netzwerk gegen religiös begründeten Extremismus unter Muslimen und gesellschaftliche Polarisierung entstehen. Ziel ist es, islamische Dachverbände als eigenständige Träger der Präventionsarbeit zu stärken und damit die Auseinandersetzung mit Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit um entscheidende Perspektiven und zielgruppenorientierte Beratungsangebote zu bereichern. Eine enge Zusammenarbeit mit etablierten Träger*innen der Präventionsarbeit ist dabei von besonderer Bedeutung. Leitendes Prinzip der Projektidee ist der partizipative Ansatz des Entwicklungsprozesses, der sich sowohl auf inhaltlicher als auch auf methodischer Ebene durchzieht sowie alle Teilschritte der Projektumsetzung umfasst. Die teilnehmenden islamischen Verbände haben in diesem Prozess eigenständige Präventionsprojekte entwickelt, die auf Jugendliche sowie Multiplikator*innen zugeschnitten sind. Zu diesen Aktivitäten gehören neben Beratungs- und Informationsangeboten auch zielgruppenspezifische Weiterbildungen sowie öffentliche und gemeindeinterne Veranstaltungen.

Das Präventionsnetzwerk wurde auf Initiative der TGD und dem „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ ins Leben gerufen. Mitarbeiter der beiden Vereine bilden die Koordinationsebene des Netzwerks und sind für Planung und Administration des Projekts zuständig. Gleichzeitig bieten sie eine fachliche und methodische Begleitung zur Sicherung und Weiterentwicklung der fachlichen Standards aus dem Bereich der präventiv-pädagogischen Jugendarbeit an.



PRÄVENTION

Ziel ist es u. a. islamische Dachverbände als eigenständige Träger*innen der Präventionsarbeit zu stärken.



BERATUNG

Es sollen zielgruppenorientierte Beratungsangebote erarbeitet werden.



ZIELGRUPPEN

islamische Dachverbände, etablierte Träger der Präventionsarbeit



LAUFZEIT

2015 bis Ende 2019



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Bundeszentrale für politische Bildung

DAS NETZWERK VERFOLGT VIER HAUPTZIELE:

1. Aktivierung

Wir entwickeln Präventionsprojekte und setzen diese innerhalb der jeweiligen Verbandsstrukturen um. Damit wir dies langfristig tun können, werben wir dafür, dass auch islamische Organisationen gezielt darin gefördert werden, effektive Strukturen für die Umsetzung der Präventionsarbeit aufzubauen.

2. Vernetzung

Wir fördern die Vernetzung und den Austausch im Bereich der Präventionsarbeit. Wir erhöhen die Effektivität unserer Arbeit durch das gezielte Schaffen von Synergien und das Eingehen von Kooperationen. Diese Kooperationen können einerseits auf interverbandlicher Ebene bestehen oder andererseits mit etablierten Träger*innen aus der Präventions- und Beratungsarbeit.

3. Wissens- und Erfahrungstransfer

Wir arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Wissenschaftler*innen zusammen und tauschen uns mit diesen über erfolgreiche Ansätze und die Erfahrungen aus der pädagogischen oder beraterischen Arbeit aus. Das Netzwerk unterstützt die teilnehmenden Organisationen bei der Professionalisierung ihrer Präventionsarbeit durch Fortbildungsangebote und fördert den Aufbau von Strukturen zur Qualitätssicherung.

4. Repräsentation

Wir stehen Politik und Medien als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus

Obentrautstraße 72

10963 Berlin

Ansprechpartnerin: Nevin Uca

Tel.: 030.210 038 13

Fax: 030.236 355 89

E-Mail: nevin.uca@tgd.de

www.tgd.de/projekte/praeventionsnetzwerk-gegen-religioes-begrueendeten-extremismus

www.onlineberatung-relex.org

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus (Laufzeit Okt. 2017 – Dez. 2019) ist eine zukunftsweisende und innovative Ergänzung zur bestehenden Beratungslandschaft.

Als niedrigschwelliges Beratungsangebot zielt die Online-Beratung darauf ab, entscheidende Zielgruppen von türkischstämmigen, aber auch arabisch- und deutschstämmigen Eltern und Erziehungsberechtigten zu erreichen, die sich von bestehenden Angeboten nicht angesprochen fühlen. Das Projekt soll demnach einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten. Dabei wird gerade das Potential dieser Personengruppe zur Erkennung und Intervention von Radikalisierungsprozessen junger Menschen in den Fokus gerückt. Die Online-Beratung wird kostenlos, anonym, vertraulich und einfach verständlich sein, zudem soll sie die spezifischen religiösen, kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Zielgruppe berücksichtigen.

Die Berater*innen werden nach den fachlichen, inhaltlichen und methodischen Standards ausgebildet und zertifiziert. Sie stehen dabei auch allgemeinen und zielgruppenunspezifischen Anfragen offen gegenüber (z. B. Familienangehörige, Pädagog*innen sowie Beratungsstellen, Medien, Betriebe und Behörden).



BERATUNG

niedrigschwelliges Online-Beratungsangebot



ZIELGRUPPEN

türkischstämmige, aber auch arabisch- und deutschstämmige Eltern, Erziehungsberechtigte und allgemein Familienangehörige



LAUFZEIT

Oktober 2017 bis Ende 2019



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), EU-Kommission

Die Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus wird bei der Bundesgeschäftsstelle der TGD angedockt sein, aber von Anfang an in enger Kooperation mit dem Landesverband Schleswig-Holstein (TGS-H) umgesetzt.

Die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch mit etablierten Beratungsstellen, islamischen Verbänden und den Landesverbänden der TGD wird stringently ausgebaut und erweitert.

Die Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus wird von der EU-Kommission und über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des BMFSFJ gefördert.

Ufuq.de – Jugendkulturen, Islam und politische Bildung e. V.

ufuq.de Jugendkulturen, Islam & politische Bildung

Gründungsjahr

2007

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Projektarbeit mit Jugendlichen
- Fortbildungen für Multiplikator*innen
- Entwicklung von Lernmaterialien
- Praxis-Wissenschaftstransfer
- Beratung

Kontakt Daten

Ufuq.de – Jugendkulturen, Islam und politische Bildung e. V.

Boppstraße 7, Haus A
10967 Berlin
Tel.: 030.983 410 51
E-Mail: info@ufuq.de
www.ufuq.de

Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern – ufuq.de

Schaezlerstr. 32
86152 Augsburg
Tel.: 0821.650 785 60
E-Mail: bayern@ufuq.de

Kurzbeschreibung

Ufuq.de ist ein anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und in der politischen Bildung zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus aktiv. Mit unseren Angeboten wenden wir uns bundesweit an Pädagog*innen, Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen von Behörden.

Dabei arbeiten wir an der Schnittstelle von politischer Bildung, Pädagogik, Wissenschaft und politischer Debatte und informieren, beraten und unterstützen in den Herausforderungen, die sich in der pädagogischen Praxis und der Präventionsarbeit in der Migrationsgesellschaft ergeben können.

„Wie wollen wir leben?“ ist eine unserer Leitfragen. Wir interessieren uns insbesondere für die Lebenswelten von Jugendlichen mit Migrationsbiografien: Welche Interessen und Wünsche haben Jugendliche? Wie sehen sie sich selbst und andere? Welche Erfahrungen machen sie und wie leben sie ihren Glauben – wenn er ihnen überhaupt wichtig ist?

Dieses Wissen nutzen wir, um Multiplikator*innen in Ansätzen und Methoden im Umgang mit gesellschaftlicher und religiöser Vielfalt, aber auch in der Prävention von religiös begründetem Extremismus zu beraten und weiterzubilden.

Mit unseren Beratungs- und Fortbildungsangeboten, Lernmaterialien und Projekten möchten wir die pädagogische Praxis unterstützen und neue Perspektiven eröffnen. Dem Wissens- und Erfahrungstransfer dient auch unser Webportal www.ufuq.de.

Ufuq.de wird seit 2015 im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ des BMFSFJ als bundeszentraler Träger gefördert.

Weitere Projekte des Trägers

Ufuq.de unterstützt schulische und außerschulische Einrichtungen bei der Konzeption und Durchführung von Fortbildungen und Fachveranstaltungen zur politischen Bildung und Prävention von islamistischen Einstellungen und Orientierungen.

Zudem entwickelt der Verein Materialien und Handreichungen für die pädagogische Praxis, in denen die Erfahrungen aus der Projektarbeit aufgegriffen werden.

Im Mittelpunkt steht die Stärkung der Handlungssicherheit im Umgang mit Ausdrucksformen muslimischer Religiositäten und den Lebenswelten junger Muslim*innen sowie die Vermittlung von Ansätzen der Prävention religiös-extremistischer Ansprachen, die für Jugendliche unabhängig von Religion und Herkunft attraktiv sein können.

Ziel ist es, eine Akzeptanz und Repräsentation von muslimischen Biographien und Lebenswelten im pädagogischen Alltag zu fördern und Handlungsmöglichkeiten zur Prävention von religiös begründeten Radikalisierungen aufzuzeigen. Anerkennung und das Empowerment von Muslim*innen sind wesentliche Aspekte unserer Arbeit.

Projekt „bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Projekt „bildmachen – Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in Sozialen Medien“

Ansprechpartnerinnen: Maral Jekta, Canan Korucu
Tel.: 030.983 410 51

E-Mail: maral.jekta@ufuq.de

E-Mail: canan.korucu@ufuq.de

Kontakt in anderen Bundesländern siehe Website
www.ufuq.de/bildmachen-praevention-soziale-medien
www.bildmachen.net

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Projekt fördert die kritische Medienkompetenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Umgang mit religiös-extremistischen Ansprachen und zeigt alternative Zugänge und Perspektiven zu lebensweltbezogenen Fragen auf. Es verbindet Ansätze der politischen Bildung, der Präventionsarbeit, der Medienpädagogik sowie des Jugendschutzes und überträgt diese in eine nachhaltige handlungsorientierte Jugendarbeit.

Angesichts der wachsenden Sichtbarkeit insbesondere salafistischer Angebote im Netz werden jugendliche Mediennutzer*innen in handlungsorientierten Workshops für Ansprachen religiös-extremistischer Gruppen und Ideologien sensibilisiert. Die Workshops zeigen Möglichkeiten auf, eigene Perspektiven und Erfahrungen mit selbstgestalteten, niedrighwelligen Online-Inhalten (u.a. Memes, GIFs) in die Diskussion einzubringen. Die Workshops werden von Trainer*innen durchgeführt, die im Rahmen des Projektes inhaltlich qualifiziert und in Methoden der medienpädagogischen Arbeit mit sozialen Medien geschult wurden.

Das Projekt wird momentan in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Berlin und Bayern mit Kooperationspartner*innen vor Ort durchgeführt.



PRÄVENTION

Medienpädagogik und Prävention zu Fragen von Identität, Religiosität und Zugehörigkeit sowie das Empowerment gegen religiös-extremistische Ansprachen.



ZIELGRUPPEN

Jugendliche und junge Erwachsene, Multiplikator*innen



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ) und in den jeweiligen Bundesländern: Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (Hamburg), Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Protest, Provokation und Propaganda – Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen für pädagogische Fachkräfte in der Islamismusprävention in Berlin

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Protest, Provokation und Propaganda – Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen für pädagogische Fachkräfte in der Islamismusprävention in Berlin

Boppstraße 7, Haus A

10967 Berlin

Tel.: 030.983 410 51

Ansprechpartnerin in Berlin: Mirjam Gläser

www.ufuq.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Projekt wendet sich an Multiplikator*innen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit und fördert die Entwicklung und Umsetzung von Präventionsansätzen in den jeweiligen Einrichtungen. Im Mittelpunkt stehen dabei Fortbildungen und Beratungen, die für unterschiedliche Lebenswelten von Jugendlichen mit Migrationsbiografien sensibilisieren und Handlungsoptionen in der Begegnung von religiös-extremistischen Einstellungen und Orientierungen aufzeigen. Ein Schwerpunkt liegt auf einer Auseinandersetzung mit Themen und Strategien salafistischer Ansprachen an Jugendliche.



PRÄVENTION

Stärkung der Handlungssicherheit und Vermittlung von Ansätzen der Prävention religiös-extremistischer Ansprachen



BERATUNG

Beratungen und Fortbildungen für Fachkräfte in Schulen, Bildungseinrichtungen, Verwaltungen, Verbänden und politische Gremien



ZIELGRUPPEN

Fachkräfte in Schulen, Bildungseinrichtungen, Verwaltungen, Verbänden und politische Gremien



FINANZIERUNG

Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (Berlin), Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ (BMFSFJ)

Violence Prevention Network e. V.



Gründungsjahr

2004

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Intervention
- Deradikalisierung
- religiös begründeter Extremismus
- Rechtsextremismus
- Extremismusprävention

Kontaktdaten

Violence Prevention Network e. V.

Alt-Moabit 73

10555 Berlin

Tel.: 030.917 054 64

Fax: 030.398 352 84

E-Mail: post@violence-prevention-network.de

www.violence-prevention-network.de

www.facebook.com/violencepreventionnetworkdeutschland

www.twitter.com/vpnderad

Kurzbeschreibung

Das Violence Prevention Network e. V. ist ein Verbund erfahrener Fachkräfte, die seit Jahren mit Erfolg in der Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung tätig sind. Durch seine Arbeit mit Gefährdeten sowie Radikalisierten in den Bereichen Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus hat sich das Team des Violence Prevention Network e. V. über Jahre eine europaweit anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit ideologisch motivierten Straftäter*innen erworben. Über einhundert Mitarbeiter*innen sind aktuell in acht Bundesländern für Violence Prevention Network e. V. tätig. Neben den klassischen Ansätzen der Radikalisierungsprävention, Intervention und Deradikalisierung setzt der Träger seit 2016 auch vermehrt Projekte im Online-/Social Media-Bereich um.

Mit der Methode der Verantwortungspädagogik® hat Violence Prevention Network e. V. einen demütigungsfreien Weg der Ansprache von Menschen gefunden, die sich anti-demokratischen Strukturen angeschlossen haben, und kann ihnen so die Rückkehr in das demokratische Gemeinwesen ermöglichen. Der Verein setzt sich dafür ein, dass Menschen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung bekommen, um ihre bisherigen Verhaltensmuster zu reflektieren und zu überwinden. Sie sollen befähigt werden ein Leben zu führen, in dessen Verlauf sie weder sich selbst noch andere schädigen.

Violence Prevention Network e. V. erhält den überwiegenden Teil seines Budgets aus Mitteln der Europäischen Union, Bundes- und Landesmitteln sowie Spenden.

Weitere Projekte des Trägers

- „Al-Manara“
- „Bahira“-Beratungsstelle
- Beratung für Eltern in der Auseinandersetzung mit Islamismus
- Beratung im Themenfeld Geflüchtete
- Beratungsstelle Baden-Württemberg
- Beratungsstelle Bayern
- Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus
- Beratungsstelle „Kompass“ – Toleranz statt Extremismus
- Beratungsstelle Sachsen
- Beratungsstelle Thüringen
- Beratungsstelle „Crossroads“ etc.

AL-MANARA – Beratung und Begleitung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Gründungsjahr

2016

Kontaktdaten

Al-Manara – Beratung und Begleitung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Bergmannstraße 5, Haus 2

10961 Berlin

Tel.: 030.239 113 00

Ansprechpartner: Orhan Şenel

E-Mail: al-manara@violence-prevention-network.de

www.violence-prevention-network.de/de/aktuelle-projekte/al-manara

Kurzbeschreibung des Projekts

Erfahrungsgemäß sind junge Menschen mit biografischen Brüchen besonders anfällig für die Rekrutierungsbemühungen extremistischer Salafist*innen. Aus diesem Grund bietet Violence Prevention Network e. V. speziell für unbegleitete minderjährige Geflüchtete Beratung und Begleitung an, um sie gegen Rekrutierungsversuche extremistischer Gruppen zu immunisieren.

Zu dem ohnehin schwerwiegenden Trauma der Fluchterfahrung kommen in ihrem Fall noch die Trennung von der Familie und die Schutzlosigkeit in einer fremden Umgebung und Kultur hinzu. Das Ziel von Al-Manara ist insbesondere die Radikalisierungsvermeidung bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Aufgabe ist es, die eventuell gefährdeten jungen Menschen vor Ort anzusprechen und Angebote zu machen, um den Offerten extremistischer Salafist*innen etwas entgegenzusetzen.

Die Schwerpunkte der Arbeit von Al-Manara liegen im Herstellen der Erreichbarkeit der potentiell gefährdeten Personen, der Ansprache dieser Personen, dem Aufbau einer Arbeitsbeziehung und in der konkreten Dialogarbeit mit ihnen. Diese Arbeit umfasst: Stetige Dialoge, die das Hinterfragen fördern und Neugierde auf neue Sichtweisen wecken, das Erkennen der konkreten Gefährdungssituation für den betroffenen jungen Menschen, das Fördern eigener Erkenntnisprozesse zum bisherigen Lebensverlauf sowie biografisches Verstehen der gemachten Erfahrungen und Traumatisierungen, die Verantwortungsübernahme für eine eigenständige Lebensführung, Unterstützung und Beratung in schwierigen Lebenssituationen sowie begleitende Arbeit mit Unterstützer*innen.



PRÄVENTION

Den potentiell Gefährdeten werden Angebote gemacht, um den Offerten extremistischer Salafist*innen etwas entgegenzusetzen.



ZIELGRUPPEN

junge Menschen mit Fluchterfahrungen



FINANZIERUNG

Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention

Al-Manara baut durch niedrigschwellige Ansätze zunächst eine Arbeitsbeziehung zu den unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten auf, um dann durch die pädagogische Arbeit das Hinterfragen radikaler Ideologieelemente zu bewirken. Damit wird Radikalisierungsprozessen vorgebeugt. Die Angebote bestehen aus Maßnahmen der Prävention und Intervention und wo notwendig der Deradikalisierung und Ausstiegsbegleitung.

Al-Manara läuft bereits im dritten Jahr und wird finanziert aus Mitteln der Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ im Rahmen des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention.

Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus

Gründungsjahr

2014

Kontaktdaten

Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus

Leipziger Straße 67

60487 Frankfurt am Main

Ansprechpartner*innen: Hakan Çelik, Sandra Jörges, Cuma Ülger

Tel.: 069.138 226 86

Fax: 069.269 187 29

Beratungshotline: 069.272 999 97

Email: hessen@violence-prevention-network.de

www.beratungsstelle-hessen.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network e. V. wendet sich an Jugendliche, Eltern und Fachpersonal mit Fragen zum Themenfeld Extremismus. Sie bietet Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung als Antwort auf die allgemeine Hilflosigkeit im Umgang mit religiös begründetem Extremismus an. Die Beratungsstelle fördert die Stärkung der Toleranz von unterschiedlichen Weltansichten sowie die Früherkennung, Vermeidung und Umkehr von Radikalisierungsprozessen. Die Intervention bei beginnenden Radikalisierungsprozessen und die zielgerichtete Deradikalisierungsarbeit setzen dort an, wo Menschen einen Ausweg aus extremistischen Ideologien suchen.

Der erste Arbeitsschwerpunkt des hessischen Ansatzes liegt im Bereich der frühzeitigen Information und Wissenserweiterung für Jugendliche über interreligiöse und interkulturelle Zusammenhänge sowie den Umgang mit interreligiösen Konflikten. Interreligiöse Kommunikation ermöglicht ein Grundverständnis, das humanistische Grundprinzipien wie Demokratie, Gewaltfreiheit, Menschenrechte und Toleranz nicht ablehnt, sondern vielmehr diese Werte auch in der eigenen Religion findet. Zugleich verhindert sie Extremismus und Radikalisierungen.

Durch Qualifizierungen, Informations-, Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen zur Früherkennung von Extremismus werden Fachkräfte, die mit gefährdeten jungen Menschen in Kontakt stehen, gestärkt und deren Handlungskompetenzen erweitert. Der dritte Schwerpunkt liegt auf der gezielten Intervention, Deradikalisierung und Ausstiegsbegleitung. Das beinhaltet die Beratung für Angehörige in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus, Beratung, Begleitung und spezifisches Training für radikalierungsgefährdete Jugendliche im Vorfeld von Straffälligkeit, Anti-Gewalt- und Kompetenztraining



PRÄVENTION

Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung



BERATUNG

Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung



ZIELGRUPPEN

Jugendliche, Eltern und Fachpersonal mit Fragen im Themenfeld Extremismus



FINANZIERUNG

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

AKT® im Jugendstrafvollzug sowie Ausstiegsbegleitung: Beratungs- und Dialogmaßnahmen mit Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrer*innen (z. B. aus Kriegsgebieten in Syrien und dem Irak).

Ziel ist es, Kontakt zu extremistisch gefährdeten jungen Menschen aufzubauen und in der pädagogischen Arbeit zunächst den Ablösungsprozess von extremistischen Gruppierungen sowie das Hinterfragen gewalttätiger und extremistischer Ideologeelemente zu bewirken, um in der Folge Deradikalisierungsprozesse zu ermöglichen. Die Angebote der Beratungsstelle sind grundsätzlich für alle Menschen gedacht, die Beratung oder Unterstützung in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus benötigen.

Das erste Büro der Beratungsstelle Hessen wurde im Jahr 2014 in Frankfurt am Main eröffnet. Das bewährte und erfolgreiche Konzept wird nach Büroeröffnungen in Kassel und Offenbach nun an drei Standorten in Hessen angeboten.

Die Beratungsstelle Hessen läuft bereits im fünften Jahr. Sie ist Bestandteil des hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus und wird finanziert durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport.

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)



Gründungsjahr

1992

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- mobile Jugendarbeit
- aufsuchende Jugendarbeit/Streetwork
- akzeptierende Jugendarbeit
- Eltern, Angehörigen- und Fachberatung in der Auseinandersetzung mit Islamismus
- Ausstiegsberatung und Distanzierungsbegleitung im Bereich Rechtsextremismus
- Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts“, mobile Beratung

Kontaktdaten

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)
 Hinter der Mauer 9
 28195 Bremen
 Tel.: 0421.762 66
 Mail: info@vaja-bremen.de
www.vaja-bremen.de

Kurzbeschreibung

VAJA e. V. hat sich seit 1992 zum größten Träger für Streetwork und aufsuchende Jugendarbeit in Bremen entwickelt. Mit dem Begriff der aufsuchenden Jugendarbeit wird gemeinhin eine Arbeitsform an der Schnittstelle zwischen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit beschrieben.

Aufgrund der Niedrigschwelligkeit des Ansatzes wird aufsuchende Jugendarbeit insbesondere dort eingesetzt, wo junge Menschen von den konventionellen Angeboten der Jugend(sozial)arbeit nicht ausreichend oder gar nicht mehr erreicht werden (wollen) und sie informelle Treffpunkte im öffentlichen Raum als zentrale Aktions- und Aufenthaltsorte ihrer Freizeit gewählt haben. Hier kommt den Aspekten der Lebensweltorientierung und der Beziehungsarbeit im Rahmen aufsuchender Jugendarbeit besondere Bedeutung zu: Die in der Regel als Sozialarbeiter*innen oder Sozialpädagoge*innen ausgebildeten aufsuchenden Jugendarbeiter*innen bauen einen langfristigen Kontakt zu den Jugendlichen auf.

Sie lassen sich dabei in besonderem Maße auf die Bedingungen ein, die die Zielgruppe oder deren individuelle Protagonist*innen im Sinne ihrer Selbstdefinition kennzeichnen. So wird unter anderem angestrebt, die Lebenswelt der Jugendlichen (optimalerweise auf partizipative Art mit ihnen gemeinsam) lebenswerter zu gestalten und ihnen alternative Lebensbewältigungsstrategien als gleichermaßen adäquat und subjektiv zielführend zu vermitteln.

Mit der akzeptierenden Jugendarbeit werden Jugendliche aus unterschiedlichsten Milieus, Szenen und Cliques erreicht.

Weitere Projekte des Trägers

- Beratungsstelle „pro aktiv gegen rechts“: mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven
- Beratungsstelle „reset“: Beratung und Begleitung bei der Loslösung von Rechtsextremismus im Land Bremen
- Connect: Prävention und Integration durch aufsuchende Arbeit mit fluchterfahrenen Jugendlichen
- akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Cliques
- Regionalteams (Süd, Ost, Mitte-West): aufsuchende Jugendarbeit
- Team Subkultur: Streetwork mit Subkulturen

Beratungsnetzwerk kitab

Gründungsjahr

2012

Kontaktdaten

Beratungsnetzwerk kitab

Hinter der Mauer 9

28195 Bremen

Ansprechpartner*innen: Mehlike Eren-Wassel, David Aufsess

Tel.: 0421.762 66

Tel.: 0157.381 65 202 (Mehlike Eren-Wassel)

Tel.: 0157.557 530 02 (David Aufsess)

E-Mail: kitab@vaja-bremen.de

www.vaja-bremen.de/teams/kitab

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Beratungsnetzwerk kitab wurde von 2012 bis 2016 vollständig, bis Ende 2017 in Teilen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Seit Anfang 2018 wird kitab durch das Bundesland Bremen über das bei der Senatorin für Soziales angesiedelte Demokratiezentrum mit Mitteln aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zunächst bis Ende 2019 finanziert, mit Aussicht auf anschließende Verstetigung.

Das Angebot von kitab richtet sich an Eltern und Angehörige von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich offenbar extremistisch-islamistischen oder nationalistisch-islamistischen Organisationen zuwenden. Weitere Zielgruppen sind die betroffenen Heranwachsenden selber sowie Fachkräfte der Sozialen Arbeit in stationären und ambulanten Jugendhilfeeinrichtungen, der Sozialen Dienste, der sozialpädagogischen Familienhilfe, der mobilen Jugendarbeit, der klinischen Sozialen Arbeit, Lehrkräfte an allen Schulformen und all jene, die hinsichtlich solcher Wahrnehmungen verunsichert sind. Die Mitarbeiter*innen sind beratungserfahrene pädagogische, soziologische oder psychologische Fachkräfte und können nach dem systemischen Ansatz arbeiten, um den Ratsuchenden fachliche Unterstützung und Beratung zum Umgang mit der Situation sowie für Fragen und Unsicherheiten zu bieten.

Das Angebot des Beratungsnetzwerkes ist für alle Ratsuchenden grundsätzlich niedrigschwellig ausgerichtet, also mobil, freiwillig und kostenlos.

Das Angebot ist zudem auch für sogenannte „direkt Betroffene“ offen. Dies sind Jugendliche, die sich in Hinwendungsprozessen zu einer salafistischen Szene und/oder in Auseinandersetzung mit salafistischer Ideologie befinden. Voraussetzung für die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist die Freiwilligkeit bzw. deren Bereitschaft, mit den Berater*innen einen Beratungsprozess einzugehen.



BERATUNG

Beratung von Fachkräften und Multiplikator*innen, insbesondere der Arbeitsbereiche Soziales und der Arbeit mit Geflüchteten



ZIELGRUPPEN

Eltern und Angehörige von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich extremistischen Organisationen zuwenden, betroffene Heranwachsende, Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Lehrkräfte, Netzwerkpartner*innen



FINANZIERUNG

Bis Ende 2017 vollständig oder teilweise Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ab 2018 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ).

Einen weiteren zentralen Bestandteil des Aufgabenfeldes bildet die Fachberatung von Sozialpädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen usw. Die Beratung von Fachkräften und Multiplikator*innen, insbesondere der Arbeitsbereiche Soziales und der Arbeit mit Geflüchteten, ist ein effektiver Weg, Handlungskompetenz zu vermitteln und Unsicherheiten möglichst flächendeckend abzubauen. Entscheidende Punkte der Fachberatung sind vor allem die Unterstützung der Beziehungsarbeit und der pädagogischen Kompetenz in der langfristigen Auseinandersetzung mit den Jugendlichen. Die Mitarbeiter*innen bieten neben direkter Beratung Vorträge, Workshops und Seminare für Fachkräfte an, in denen die Expertise der Arbeitspraxis interaktiv und anschaulich disseminiert wird.

Die Mitarbeiter*innen des Projektes sind des Weiteren Anlaufstelle für Sozialraumakteur*innen und Netzwerkpartner*innen, deren Fragen sich auf das Wissen über das Themenfeld und relevante Akteur*innen beziehen. Durch diese Arbeit sollen Betroffene, aber auch andere Interessierte Ängste und Vorurteile abbauen und Situationen besser einschätzen können, um bei Bedarf weitere Schritte einzuleiten.

Jamil – Jugendarbeit in muslimischen und interkulturellen Lebenswelten

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Jamil – Jugendarbeit in muslimischen und interkulturellen Lebenswelten

Hinter der Mauer 9

28195 Bremen

Ansprechpartner*innen: Mehlike Eren-Wassel,

David Aufsess, Elif Kizilok

Tel.: 0421.762 66

Tel.: 0157.381 65 202 (Mehlike Eren-Wassel)

Tel.: 0157.557 530 02 (David Aufsess)

Tel.: 0157.878 39 019 (Elif Kizilok)

E-Mail: kitab@vaja-bremen.de

www.vaja-bremen.de/teams/jamil

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Team „Jamil“ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in religiösen Hinwendungsprozessen zum Islam befinden. Diese Jugendlichen stehen in einer Auseinandersetzung mit Fragen von Identität, Glaube und Zugehörigkeit und sympathisieren dabei möglicherweise mit dem Gedankengut des politischen oder dschihadistischen Salafismus. „Jamil“ greift in seiner Arbeit den Bedarf einer Angebotsstruktur an sozialraum- und lebensweltorientierter Jugendarbeit auf, die sich der Identitätsfindungsprozesse und religiösen Orientierungssuche junger Menschen annehmen kann.

Der Handlungsansatz von „Jamil“ fußt auf der langjährigen Praxis und konzeptionellen Weiterentwicklung von „VAJA e.V.“ in der akzeptierenden und aufsuchenden Jugendarbeit. Der methodische Zugang der aufsuchenden Jugendarbeit des Teams orientiert sich an den Lebenswelten, den Sozialräumen und den Problemlagen Jugendlicher und junger Erwachsener. Die Straßensozialarbeit von „Jamil“ folgt dabei der Mobilität der Jugendlichen an ihren Treffpunkten in den Stadtteilen und begleitet sie in ihrem Freizeitverhalten. Diese Arbeit ist langfristig angelegt und beziehungsorientiert. Auf Grundlage der Beziehungsarbeit kann „Jamil“ den Jugendlichen daher Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit ihren Gedanken und Ansichten bieten. Diese Auseinandersetzungsprozesse erfolgen sowohl im Rahmen der Beziehungsarbeit in den Stadtteilen als auch durch gesonderte Workshops, Veranstaltungen und Bildungsfahrten, die gemeinsam mit den Jugendlichen konzipiert und durchgeführt werden.



PRÄVENTION

Das Projekt nimmt sich der Identitätsfindungsprozesse und religiösen Orientierungssuche junger Menschen an.



ZIELGRUPPEN

Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in religiösen Hinwendungsprozessen zum Islam befinden; Netzwerkpartner*innen, Multiplikator*innen



FINANZIERUNG

bis Ende 2019 Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

Darüber hinaus stellt die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit angesichts der Verunsicherungen vieler Sozialraumakteur*innen in Schulen, Einrichtungen und Behörden einen weiteren wichtigen Bestandteil der Arbeit von „Jamil“ dar. Netzwerkpartner*innen und interessierten Multiplikator*innen bietet das Team daher Schulungen und Fortbildungen zu Wahrnehmung und Umgang mit strukturellen und biografischen Hintergründen religiöser Hinwendungsprozesse von Jugendlichen in Form von Vorträgen, Fachbeiträgen und Workshops an.

Als Modellprojekt der Radikalisierungsprävention wird das Projekt „Jamil“ für den Zeitraum vom Juli 2015 bis Ende 2019 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

basis & woge e. V.



Gründungsjahr

2005

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Jugend- und Familienhilfe
- Gesundheitsprävention
- interkulturelle Arbeit
- Jugendhilfe und Schule
- sozialräumliche Hilfsangebote
- Straßensozialarbeit und Überlebenshilfen
- Beratungen zu Themen wie Diskriminierung, sexuelle Gewalt, religiös begründete Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen, berufliche Integration für Menschen mit Fluchterfahrung

Kontaktdaten

basis & woge e. V.

Steindamm 11

20099 Hamburg

Tel.: 040.398 426-0

Fax: 040.398 426-26

E-Mail: info@basisundwoge.de

www.basisundwoge.de

Kurzbeschreibung

Basis & Woge e. V. ist ein staatlich anerkannter, gemeinnütziger Träger sozialer Dienstleistungen in Hamburg. Der Verein engagiert sich in den Arbeitsbereichen Jugend- und Familienhilfe, Gesundheitsprävention und interkulturelle Arbeit.

Der Verein steht für eine offene, tolerante und solidarische Stadt. Ziel unserer Arbeit ist es, die soziale Spaltung Hamburgs in privilegierte und benachteiligte gesellschaftliche Gruppen abzufedern. Wir setzen uns mit gesellschaftlicher Vielfalt und kultureller Prägung auseinander, um auf dieser Basis Diskriminierungen entgegenzutreten. Wir verstehen unsere Arbeit als parteilich und sozialpolitisch engagiert.

Menschen mit unterschiedlicher Prägung und Sozialisation stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit. Diese Vielfalt wollen wir in unseren Teams abbilden. Wir achten die Vielfalt der unterschiedlichen Meinungen und Überzeugungen und wünschen uns eine offene und konstruktive Streitkultur zur Entwicklung fachlicher Positionen.

Verbindendes Ziel aller Teilbereiche von Basis & Woge e. V. ist es, gemeinsam mit Menschen Perspektiven zu entwickeln und ihnen durch Akzeptanz, Schutz, Weiterbildung und Aufklärung zu Recht und Anerkennung zu verhelfen. Mit seiner Arbeit richtet sich der Verein an Kinder und Jugendliche sowie an Erwachsene und Familien.

Unter dem Dach von Basis & Woge als Trägerverein arbeiten rund 170 Mitarbeiter*innen in mehreren dutzend Angeboten.

Weitere Projekte des Trägers

- SelbstSicherSein – Wer bin ich und wie will ich sein?
- Kiezläufer*innen für Hamburg Mümmelmannsberg

SelbstSicherSein – Wer bin ich und wie will ich sein?

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

**basis & woge e. V. –
SelbstSicherSein**

Feiningerstraße 16
22115 Hamburg

Ansprechpartnerin: Edith Kleinekathoefer

E-Mail: edith.kleinekathoefer@basisundwoge.de

www.basisundwoge.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Seit Oktober 2015 sind wir als Sozialraumprojekt in Hamburg Mümmelmannsberg aktiv. Wir begleiten Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu einer starken Persönlichkeit und unterstützen sie dabei, Diskursen der Ungleichwertigkeit selbstbewusst und kritisch zu begegnen, um einer religiös begründeten Radikalisierung vorzubeugen.

Die Frage, was mich als Individuum ausmacht und von anderen unterscheidet, ist ein lebenslanger Prozess. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch Interaktionen mit anderen und durch Selbstreflexion. Dabei kann es zu Fragen und Unsicherheiten kommen, für deren Antworten auch extreme Ideologien oder Religionen als Erklärungsmodelle herangezogen werden und Radikalisierung als ein möglicher Weg gesehen wird.

Diskussionen zwischen Jugendlichen und deren Umfeld können zu Konflikten und einer Verschärfung der Situation führen und den betroffenen Jugendlichen den Weg zur Radikalisierung öffnen.

Mit unserem dreiteiligen Angebot (Prävention, Beratung, Kiezläufer*innen) wollen wir dieser Entwicklung begegnen. Hierbei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz und beziehen Familienangehörige und das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen mit ein.



PRÄVENTION

In Schulen und im Stadtteil bieten wir für Kinder und Jugendliche ab acht Jahren wöchentliche Gruppenangebote zu verschiedenen Themen an. Dazu gehören z. B. Themen wie:

- Identität – Wer bin ich und wie will ich sein?
- Glaube und Religionen
- Diskriminierungserfahrungen und eigene diskriminierende Gedanken und Verhaltensweisen



BERATUNG

Unser Beratungsangebot ist vertraulich und individuell ausgerichtet. Wir beraten z. B. bei:

- religiös begründeten Konflikten in der Familie, Schule oder im Sozialraum
- Problemen im Zusammenleben in der Familie, Schule oder im Sozialraum
- der Erarbeitung alternativer Handlungsoptionen
- Netzwerkarbeit



ZIELGRUPPEN

- Kinder und Jugendliche ab acht Jahren
- Multiplikator*innen
- Eltern und andere Bezugspersonen



LAUFZEIT

1. Oktober 2015 bis voraussichtlich 31. Dezember 2019



FINANZIERUNG

Bundesmittel aus dem Programm „Demokratie leben!“ und Landesmittel von der Freien und Hansestadt Hamburg

Kiezläufer*innen für Hamburg Mümmelmannsberg

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

basis & woge e. V. –

Kiezläufer*innen

Feiningenstraße 16

22115 Hamburg

Ansprechpartnerin: Maha Alasiri

E-Mail: maha.alasiri@basisundwoge.de

E-Mail: edith.kleinekathoefel@basisundwoge.de

www.basisundwoge.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Aufbau eines gewaltpräventiven Projektes, in dem junge Erwachsene Bewohner*innen aus dem Sozialraum für ein ehrenamtliches Engagement gewonnen werden. Nach einer fundierten und zertifizierten Grundausbildung in den Bereichen „Konstruktive Konfliktlösung“ und „Kommunikations- und Deeskalationstraining“ führen die Kiezläufer*innen Rundgänge durch den Sozialraum durch.

In Zweierteams gehen sie zwei- bis dreimal Mal pro Woche in den frühen Abendstunden für anderthalb bis zwei Stunden durch den Sozialraum. Dabei suchen sie Jugendliche auf und führen direkte Gespräche mit ihnen, um

- in einen Austausch über ihre Interessen und Bedürfnisse zu kommen
- auf Freizeitangebote und Beratungsmöglichkeiten hinzuweisen
- Hilfestellungen bei Problemen aufzuzeigen und
- in Streitfällen gewaltfrei zu vermitteln.

Die Kiezläufer*innen setzen sich mit ihren guten Sozialraumkenntnissen und Kontakten in die Jugendszene für ein positives Zusammenleben ein. Sie übernehmen eine Verbindungsfunktion zwischen den Jugendlichen und den Einrichtungen.

Durch eine enge Anbindung an das Projekt „SelbstSicherSein“ werden sie mit einem professionellen Umfeld von Hilfestellungen für Jugendliche vernetzt und fachlich begleitet, auch für das Themenfeld religiös begründeter Radikalisierung.



LAUFZEIT

Oktober 2017 bis voraussichtlich Dezember 2019



ZIELGRUPPEN

Bewohner*innen aus dem Sozialraum, junge Erwachsene, Jugendliche



FINANZIERUNG

Bezirksmittel aus dem Bezirk Hamburg-Mitte

Sich verändernde Entwicklungen im Sozialraum werden zeitnah von den Kiezläufer*innen wahrgenommen und zurückgemeldet. Hierzu gehören z. B. in der Öffentlichkeit durchgeführte Gebetsstunden oder die Ansprache einzelner Bewohner*innen wegen ihrer Kleidung, die einer vermeintlichen „islamischen“ Kleiderordnung nicht entspricht. Solche Entwicklungen im Sozialraum führen im Zusammenleben aller Bewohner*innen zu Irritationen und Unsicherheiten.

Die Kiezläufer*innen sind weder Straßensozialarbeiter*innen, noch übernehmen sie polizeiliche oder ordnungsamtliche Aufgaben und verstehen sich auch nicht in dieser Rolle. Es geht lediglich darum, sich verändernde Entwicklungen im Sozialraum frühzeitig wahrzunehmen und diese an die Einrichtungen zurückzumelden. Gemeinsam wird dann den Ursachen auf den Grund gegangen und es wird nach alternativen Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Vereinigung Pestalozzi gGmbH



Gründungsjahr

1950er-Jahre

Gesellschaftsform

gemeinnützige Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
(gGmbH)

Arbeitsbereiche/Angebote

- systemische Ausstiegsberatung
- ambulante Hilfen zur Erziehung
- ambulante Eingliederungshilfen
- Stationäre Unterbringung
- offene Kinder- und Jugendarbeit
- sozialräumliche Angebote
- Fach- und Beratungsstelle für
religiös begründete Radikalisierung
mit Fluchterfahrung

Kontaktdaten

Vereinigung Pestalozzi gGmbH

Palmaille 35a
22767 Hamburg
Tel.: 040.328 717 63
Fax: 040.398 426 26
E-Mail: info@vereinigung-pestalozzi.de
www.vereinigung-pestalozzi.de

Kurzbeschreibung

Die Vereinigung Pestalozzi unterstützt Kinder, Jugendliche und Familien in Hamburg dabei, eigene Stärken und Perspektiven zu entwickeln. Hilfesuchende Menschen mit ihrer persönlichen Geschichte, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Sie arbeitet frei von religiösen und weltanschaulichen Bekenntnissen.

Das Team besteht aus professionell handelnden Menschen unterschiedlicher Berufe und Kulturen. Alle teilen die Überzeugung, dass Wertschätzung, Respekt und Toleranz die Säulen der eigenen Arbeit sind. Weiterhin werden Familien, Kinder und Jugendliche, die in Not sind, unterstützt.

Seelisch belasteten Menschen wird dabei geholfen, in die Gesellschaft, die Familie und das Berufsleben zurückzufinden. Die Klient*innen werden stark für ein selbstverantwortliches Leben gemacht, in Krisenzeiten unterstützt und begleitet.

Die Begegnungsstätten sind Anlaufstelle für Menschen mit psychischen Problemen oder Menschen, die sich vorübergehend oder längerfristig in schwierigen Lebenssituationen befinden. Als Träger der Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe bietet die Vereinigung Unterstützung bei Erziehungsfragen, in Trennungs- und Scheidungssituationen, bei familiären Problemen oder psychischen Belastungen. Von der offenen Beratung bis zum langfristigen individuellen Betreuungsangebot werden zahlreiche Unterstützungsmöglichkeiten angeboten. Durch Fortbildungen, Supervisionen und regelmäßige Teamgespräche wird die Qualität der eigenen Arbeit weiterentwickelt.

Weitere Projekte des Trägers

- Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung, systemische Ausstiegsberatung, Fach- und Angehörigenberatung, Fortbildung und Konzeptentwicklung
- Begegnungsstätte Altona, Begegnungsstätte Billstedt, Ambulante Hilfen zur Erziehung (SPFH), SOL – Sozialräumliche Angebotsentwicklung in Osdorf und Lurup, Jugendtreff Duvenstedt, JUST – Jugendhilfe und Stadtteilschule, JUMP – Krisenwohnung und Beratungsstelle, arla – Gruppe für Mädchen aus seelisch belasteten Familien

Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

Tel.: 040.389 029 52

E-Mail: beratung@legato-hamburg.de

www.legato-hamburg.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Fach- und Beratungsstelle Legato bietet systemische Ausstiegsberatung an und ist zugleich Fachstelle für religiös begründete Radikalisierungen.

Menschen, die aus einer gewaltorientierten dschihadistischen Gruppierung aussteigen wollen, werden beraten und begleitet. Zudem richtet sich das Angebot an Angehörige, in deren Umfeld sich jemand einem solchen Milieu zugehörig fühlt. Weiterhin werden Beratungen und Informationsveranstaltungen für Fachkräfte angeboten.

Die Trägerschaft des Projektes haben die „Vereinigung Pestalozzi gGmbH“ und „Ambulante Maßnahmen Altona e.V.“. Finanziert wird die Beratungsstelle durch die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI).

Das Angebot ist kostenlos, anonym und in mehreren Sprachen möglich (Arabisch, Dari, Deutsch, Englisch, Farsi, Kurdisch, Türkisch).



BERATUNG

Die Beratungsstelle Legato bietet systemische Ausstiegsberatung an.



ZIELGRUPPEN

Menschen, die aus einer gewaltorientierten dschihadistischen Gruppierung aussteigen wollen



FINANZIERUNG

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.



Gründungsjahr

1981

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e.V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Kommunizierendes Dreieck
- Kinderclub (Offene Tür)
- Schulsozialarbeit
- Stadtteiltreff
- Sozialberatung
- Gemeinwesenarbeit

Kontaktdaten

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.

Himmelgeister Straße 107

40225 Düsseldorf

Tel.: 0211.905 22 22

E-Mail: info@die-agb.de

www.die-agb.de

Kurzbeschreibung

Die im Jahr 1981 gegründete Aktion Gemeinwesen und Beratung (AGB e.V.) ist ein nach §75 KJHG anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Düsseldorf und Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Zu den Förder*innen der AGB gehören – neben der Stadt Düsseldorf und dem Land Nordrhein-Westfalen – die Aktion Mensch, der Bund, Mitglieder des Vereins und sonstige private Spender*innen. Die AGB arbeitet mit allen Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie allen Schulen eng zusammen und ist aktiv in lokalen und über-regionalen Netzwerken eingebunden.

Die AGB gliedert sich in die Teilbereiche Modellprojekte, Ganztagschule, Schulsozialarbeit und Beratung. Insgesamt sind bei der AGB e.V. vierzig Mitarbeiter*innen angestellt.

Weitere Projekte des Trägers

- Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbereitem Neosalafismus und Rechtsextremismus
- Junge Islam Konferenz NRW
- Zusammenhalt Jetzt
- Dialog*in Düsseldorf
- Dialog macht Schule
- Ibrahim trifft Abraham (abgeschlossen)

Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbereitem Neosalafismus und Rechtsextremismus

Gründungsjahr

2016

Kontaktdaten

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.

Himmelgeister Straße 107

40225 Düsseldorf

Ansprechpartnerin: Lisa Kiefer

Tel.: 0152.341 556 43

E-Mail: lisa.kiefer@die-agb.de

www.clearing-schule.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Schule ist der einzige soziale Ort, an dem alle jungen Menschen über einen relativ langen Zeitraum beständig anzutreffen sind. Hier besteht daher die Möglichkeit, einen Radikalisierungsprozess frühzeitig zu erkennen und gezielt pädagogisch zu intervenieren. Doch woran erkennt man Radikalisierung und wie kann diese nachhaltig unterbrochen werden? Nicht selten sind Lehrkräfte und weitere professionelle Akteur*innen im schulischen und außerschulischen Kontext mit dieser Aufgabe überfordert.

Im Fokus des Modellprojekts stehen Verfahren und Methoden, die geeignet erscheinen, eine beginnende Radikalisierung zu unterbrechen. Von zentraler Bedeutung sind hier mehrstufige, strukturierte Clearingverfahren, die auch über einen längeren Zeitraum Hilfestellungen für Schüler*innen und deren Angehörige bereitstellen können. Im Rahmen eines solchen Verfahrens kann ein ganzes Bündel von Methoden und pädagogischen Maßnahmen zur Anwendung kommen. Neben einer präzisen Fallanalyse, die auf der Grundlage verlässlicher Indikatoren durchgeführt werden sollte, zählen zum Maßnahmenfächer unter anderem Fallkonferenzen, Interventionsgespräche und externe Fachberatung. Die Ergebnisse sollen in einer umfangreichen, praxisorientierten Handreichung dokumentiert werden. Neben dem Clearingverfahren und Case Management bieten wir den Schulen auch flankierende Maßnahmen im Bereich der primären und sekundären Prävention im Bereich Neosalafismus und Rechtsextremismus an. Hier finden beispielsweise auch Angebote für die Internationalen Förderklassen (Willkommensklassen) statt oder auch Projekte zum Austausch zwischen Internationalen Förderklassen und Regelklassen.



BERATUNG

Interventionsgespräche und externe Fachberatung



ZIELGRUPPEN

Schüler*innen internationaler Förderklassen und Regelklassen und deren Angehörige, Partner*innen im Sozialraum



LAUFZEIT

April 2016 bis März 2019



FINANZIERUNG

Bundeszentrale für politische Bildung

Auch die Netzwerkarbeit mit Partner*innen im Sozialraum soll von den pädagogischen Fachkräften aufgebaut werden. Die lokalen Bedingungen müssen in der Präventionsarbeit berücksichtigt werden.

Das Projekt soll an sechs ausgewählten Schulen (Gesamtschulen und Berufskollegs) bundesweit durchgeführt werden. Die Schulen wurden über eine bundesweite Ausschreibung gewonnen, die von Februar bis März 2016 durchgeführt wurde. Wir erwarten von unseren schulischen Partner*innen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die in einer Kooperationsvereinbarung festgehalten wird. Diese regelt unter anderem die Formen der Zusammenarbeit und sichert die Mitarbeit aller relevanten schulischen Akteur*innen zu.

Wir bieten jeder beteiligten Schule während der Projektlaufzeit (April 2016–März 2019) eine sozialpädagogische Fachkraft im Umfang von zwanzig Wochenstunden, die mit der Entwicklung und Steuerung des Clearingverfahrens und den Begleitmaßnahmen betraut werden soll.

Agentur für partizipative Integration gUG (API)



Gründungsjahr

2010

Gesellschaftsform

gemeinnützige Unternehmer-
gesellschaft (gUG)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Beratung von Kommunen, Vereinen
und anderen Organisationen im
Themenfeld Integration
- Fortbildungen
- Projekte

Kontaktdaten

**Agentur für partizipative
Integration gUG (API)**
Dormagener Straße 11
40221 Düsseldorf
Tel.: 0179.108 78 06
Mail: info@api-ug.de
www.api-ug.de

Kurzbeschreibung

Die API ist eine gemeinnützige Unternehmensgesellschaft, die im Themenfeld Integration verschiedene Handlungsfelder bearbeitet. Hierzu zählen unter anderem die mediale Präsentation und Verankerung partizipativer Integrationsansätze im öffentlichen Raum, die Fortbildung von Zuwanderern und die Initiierung und Flankierung von Leuchtturmprojekten.

Darüber hinaus bietet API in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Ufuq.de seit drei Jahren zertifizierte Fortbildungen zur Radikalisierungsprävention in Schulen und Jugendhilfe an. Zudem finden Fachtagungen zum Themenfeld Integration sowie Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch statt.

Ein weiteres Angebot richtet sich an junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Dabei soll ihnen Handlungswissen vermittelt werden, welches sie dazu befähigt, als bürgerschaftliche Akteur*innen im kommunalen Raum tätig zu werden.

Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit (IFAK)



Gründungsjahr

1974

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Kinder -und Jugendhilfe
- KiTas
- OGS (Offene Ganztagschulen)
- Migrationsarbeit
- Geflüchtetenarbeit
- Seniorenarbeit
- Mehrgenerationenarbeit
- Quartiersmanagement
- IFAK Bildungswerk Pro Integration und IFAK und Parität. Bildungswerk-Akademie für interkulturelle Handlungskompetenz

Kontaktdaten

Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit (IFAK)

Engelsburger Straße 168

44793 Bochum

Tel: 0234.672 21

E-Mail: ifak@ifak-bochum.de

www.ifak-bochum.de

Kurzbeschreibung

Der „IFAK e. V. – Verein für multikulturelle Kinder-/Jugendhilfe und Migrationsarbeit“ verfügt über eine 44-jährige Erfahrung im Bereich der professionellen interkulturellen Arbeit in den verschiedensten Arbeitsbereichen der Jugendhilfe sowie der Migrations- und Flüchtlingsarbeit.

In der IFAK arbeiten wir in multikulturellen Teams, zwei Drittel unserer Mitarbeiter*innen haben selbst einen Migrationshintergrund und decken über zwanzig verschiedene Sprachen ab. Unsere Einrichtungen (wie Kitas, Jugendzentren, Mehrgenerationenhaus, Streetwork, Offene Ganztagschulen, erzieherische Hilfen, Familienzentren, Integrationsagenturen, Bildungswerke, Seniorenbüro, Präventivarbeit „Gewaltbereiter Salafismus“, Flüchtlingsbetreuung), werden von Menschen aller Generationen und verschiedenster Herkunftskulturen und Religionen genutzt.

Täglich werden 500 Kinder und Jugendliche in unseren IFAK-Einrichtungen betreut, ca. siebzig Prozent von ihnen haben einen muslimischen Hintergrund. Wir verfügen über eine gute Zusammenarbeit mit vielen Akteur*innen der Jugendhilfe, Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen, insbesondere Schulen und Ausbildungsunternehmen, aber auch Migrantenselbstorganisationen und Moscheen.

Weitere Projekte des Trägers

Im Themenfeld „Prävention Religiöser Extremismus“ sind noch drei Projekte über „Demokratie leben!“ bei uns angesiedelt:

- #selam: Coach für gelebte Vielfalt-Ausbildung gegen Ausgrenzung und religiöse Radikalisierung
- #Believe2Society: Ein Youtube-Projekt zu Themen wie Gemeinschaft, Zusammenleben in Deutschland für Jugendliche
- re:vision – Präventionsprojekt für die Justiz in NRW: soziale Gruppenarbeit mit jungen Inhaftierten, Angehörigenberatung, Fortbildung für Justiz und Jugendhilfe

Beratungsstelle Wegweiser Bochum und Umgebung

Gründungsjahr

2014

Kontaktdaten

Beratungsstelle Wegweiser

Bochum und Umgebung

Tel.: 0234.640 50 81 (Mo–Fr: 9–18 Uhr)

Mail: info@wegweiser-bochum.de

www.wegweiser-bochum.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Im März 2014 wurde das Projekt „Wegweiser“ vom Innenministerium in Nordrhein-Westfalen gestartet, nach der Implementierung der Beratungsstellen in den drei Modellkommunen Düsseldorf, Bochum und Bonn können sich Ratsuchende mittlerweile an dreizehn Standorten in NRW beraten lassen. Die Jugendlichen werden über Angehörige oder Lehrer*innen sowie Multiplikator*innen erreicht, die bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein Abgleiten in die gewaltbereite salafitische Szene befürchten.

KONZEPT/ANSATZ:

Unsere Wegweiser-Mitarbeiter*innen arbeiten im mehrsprachigen, interreligiösen und gemischt-geschlechtlichen Team, bringen Erfahrungen aus der Kinder- und Jugendhilfe mit und sind Sozialarbeiter*innen, verfügen über umfangreiche interkulturelle Kompetenz und Islamkenntnisse.

Das Präventionsprogramm „Wegweiser“ möchte Jugendliche vor einer manifesten Radikalisierung erreichen, um einen Einstieg in die Szene zu verhindern und Alternativen mit den Jugendlichen zu erarbeiten. Sensibilisierungsveranstaltungen in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen sind, neben dem Aufbau von unterstützenden Netzwerken und deren Pflege, ein weiterer wichtiger Bestandteil der Wegweiserarbeit. Hier gilt es Multiplikator*innen und Beratungs- und Unterstützungsangebote bekannt zu machen und sie zu stärken, um Radikalisierungstendenzen bei jungen Menschen zu erkennen und diesen mit fachlicher Kompetenz entgegenzuwirken. Starke Netzwerke ermöglichen kurze Wege und schnelle Hilfen, die im Beratungs- und Begleitprozess oftmals notwendig sind.

Die zentrale Arbeit von „Wegweiser“ liegt jedoch in der Beratung und Begleitung von Jugendlichen. Hierbei gilt es den Blick nicht nur auf die Problemlage, die Radikalisierung des jungen Menschen, zu richten, sondern auch die Stärken und Ressourcen des/der Betroffenen wahrzunehmen und aufzugreifen. Hierzu gehören z.B. das gemeinsame Entdecken von individuellen Fähigkeiten und Talenten, kommunikativer Umgang, konstruktive Äußerungen und Lebensentwürfe, aber auch die Stärkung



PRÄVENTION

Das Präventionsprogramm „Wegweiser“ möchte Jugendliche vor einer manifesten Radikalisierung erreichen.



BERATUNG

Es sollen Multiplikator*innen und Beratungs- und Unterstützungsangebote bekanntgemacht und gestärkt werden, um Radikalisierungstendenzen bei jungen Menschen zu erkennen und diesen entgegenzuwirken.



ZIELGRUPPEN

Jugendliche



FINANZIERUNG

Unterstützt wird das Projekt vom Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalens.

bzw. Förderung eines tragfähigen sozialen Umfeldes wie Familie, Freunde, Schule, Moschee etc. Neben der kultursensiblen und ganzheitlichen Haltung der Berater*innen arbeitet „Wegweiser“ mit dem Case Management und nutzt vielfältige sozialpädagogische Methoden. Die Grundlagen unseres Handelns basieren auf den Prinzipien der Jugendhilfe. Hierzu gehören in erster Linie, Parteilichkeit für den jungen Menschen, partizipative Prozesse initiieren, garantierte Vertraulichkeit und Transparenz sowie als Gelingensfaktor die freiwillige Mitarbeit. In der Fallarbeit gilt es neben der Problembewältigung die Jugendlichen in ihrem Demokratieverständnis zu stärken und extremistische Ideologien und Einstellungen so aufzuarbeiten, dass sie nicht mehr handlungsleitend sind.

Das Programm „Wegweiser“ wird ab 2018 für weitere vier Jahre gefördert. Jeder „Wegweiser“-Standort ist mit zwei Vollzeitstellen ausgestattet.

Beratungsnetzwerk Grenzgänger

Gründungsjahr

2012

Kontaktdaten

Beratungsnetzwerk Grenzgänger

Kortumstr. 106–108

44787 Bochum

Tel.: 0234.687 266 64

beratungsnetzwerk@ifak-bochum.de

Tel.: 0911.94 343 43 (Hotline Beratungsstelle

Radikalisierung des BAMF)

Tel.: 0234.687 266 62 (Beratungsnetzwerk Grenzgänger)

E-Mail: beratungsnetzwerk@ifak-bochum.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger ist eine Informations- und Beratungsstelle für Ratsuchende, die mit dem Thema des religiös begründeten Extremismus konfrontiert sind. Wir arbeiten seit dem Jahr 2012 in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sind durch das Bundesinnenministerium finanziert und sind für das gesamte Bundesland Nordrhein-Westfalen zuständig. Unsere Beratung ist kostenlos, vertraulich und in allen gängigen Sprachen möglich.

Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger arbeitet nach einem systemischen Ansatz, daher beraten wir in erster Linie das Umfeld von Personen, die sich radikalieren. Zugrunde liegt die Annahme, dass die Deradikalisierungsarbeit von betroffenen Personen auf jeglicher Radikalisierungsstufe bis hin zu der Ablehnung demokratischer Grundwerte und der Gewaltbereitschaft über enge Beziehungen den größten Erfolg verspricht. Falls möglich sind wir auch in der Direktarbeit mit Betroffenen involviert. Dies können Personen sein, die sich vom extremistischen Gedankengut distanzieren wollen oder solche, die aus Kriegsgebieten zurückgekehrt sind. Hier kombinieren wir Gespräche mit Betroffenen und die Unterstützung des sozialen Umfelds. Weiterhin beraten wir Behörden oder Schulen und deren Mitarbeiter*innen und bieten Fortbildungen an. Fortwährend fördern wir den regelmäßigen Austausch von Angehörigen durch die Bildung und Begleitung von Angehörigengruppen.



BERATUNG

Das Beratungsnetzwerk Grenzgänger arbeitet nach einem systemischen Ansatz, daher beraten wir in erster Linie das Umfeld von Personen, die sich radikalieren.



ZIELGRUPPEN

Betroffene, deren Angehörige und ihr soziales Umfeld, Behörden, Schulen und deren Mitarbeitende



FINANZIERUNG

Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), durch das Bundesinnenministerium finanziert

Wir unterstützen die Ratsuchenden auch durch unsere langjährige Erfahrung, eine Situation richtig einzuschätzen. Bei einer drohenden oder tatsächlich vorhandenen Radikalisierung helfen wir, die Radikalisierungsspirale zu stoppen und die Betroffenen zurückzuholen. Dazu entwickeln wir gemeinsam mit den Ratsuchenden Handlungsstrategien. Wir greifen auf vielfältige sozialpädagogische Methoden zurück, die Hilfe zur Selbsthilfe geben können. Dadurch werden die Betroffenen aufgefangen, ihnen werden Gegenangebote gemacht und ihre Selbstwirksamkeit wird gestärkt.

Regelmäßige Überprüfungen der Wirksamkeit von Maßnahmen in Gesprächen mit den Ratsuchenden, aber auch in Inter- und Supervision unterstützen das Erreichen von kurz-, mittel-, und langfristigen Zielen. Beratungsprozesse können daher von einigen wenigen Gesprächen bis hin zu einer Begleitung über mehrere Jahre dauern. Um für diese komplexe Thematik kompetente Beratung anbieten zu können, ist unser Team multidisziplinär aufgestellt. Dazu gehören die soziale Arbeit, Soziologie, Islamwissenschaft, Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Psychologie. Darüber hinaus bilden wir uns kontinuierlich fort und kooperieren mit Wissenschaft und Praxis. Auch die vielfältige Zusammensetzung unseres Teams nach Herkunft, Religionszugehörigkeit, Alter und Geschlecht erweist sich im Beratungsprozess als vorteilhaft.

Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V. (Jubigo)



Gründungsjahr

2012

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Kriminalitäts- und Radikalisierungspräventionsangebot im Themenfeld des religiös und politisch begründeten Extremismus
- Förderung der Bildung, Integration und gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen
- Bildungsarbeit in Form von Projekten, Seminaren und Workshops
- praxisorientierte Angebote in den Bereichen Soziales, Demokratie, Bildung, Kultur, Integration und internationaler Austausch

Kontaktdaten

Jugendbildungs- und Sozialwerk

Goethe e. V. (Jubigo)

Buchforststraße 113

51103 Köln

Tel.: 0221.168 322 09

E-Mail: info@jubigo.de

www.jubigo.de

Kurzbeschreibung

Das Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e.V. wurde im Jahre 2012 gegründet. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige bzw. gemeinnützige Wohlfahrtszwecke. Er verfolgt als Ziel die Aufgabe, die Bildungsarbeit in Form von Projekten, Seminaren, Konferenzen, Studienfahrten und praxisorientierten Angeboten in den Bereichen Soziales, Demokratie, Bildung, Kultur, Integration und internationaler Austausch zu leisten.

Der Satzungszweck wurde verwirklicht durch die Errichtung eines Jugendbildungswerks. Zielgruppen sind Jugendliche, Heranwachsende sowie junge Erwachsene verschiedenster Nationalitäten, mit und ohne Migrationshintergrund. Zu den Angeboten des Jugendbildungswerks zählen Bildungs- und Fortbildungsangebote sowie Hilfe im sozialen und beruflichen Bereich.

Der Satzungszweck der Pflege und Förderung des Sports wird verwirklicht durch die Ermöglichung sportlicher Übungen und Leistungen sowie durch die Durchführung von Vorträgen, Kursen und Sportveranstaltungen.

Weitere Projekte des Trägers

- 180 Grad Wende
- 180 Grad Wende Keepers
- 180 Grad Wende Pluskurs
- Empowermentgruppen „Power“ für Mädchen und Frauen
- Justizvollzugsanstalt-Präventionsmaßnahme
- Junge Exzellenz Akademie
- Helden begegnen
- Schulprogramm – Menschenfreund vs. Menschenfeind
- RefugeeLine
- Multiplikator*innenausbildung
- Kick it against Hate

180 Grad Wende

Gründungsjahr

2012

Kontaktdaten

180 Grad Wende

Regentenstraße 46

51063 Köln

Tel.: 0221.168 322 09

Fax: 0221.294 946 74

E-Mail: info@180gradwende.de

www.180gradwende.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Projekt „180 Grad Wende“ ist ein Kriminalitäts- und Radikalisierungspräventionsangebot im Themenfeld des religiös und politisch begründeten Extremismus. Vorrangige Zielgruppe sind sozial benachteiligte Jugendliche aus oftmals bildungsfernen Familien mit Diskriminierungserfahrung.

Zu den inhaltlichen Bausteinen des Projekts gehören unter anderem eine Multiplikator*innenausbildung, Arbeitsmarktintegration und Bildungsberatung, Empowerment sowie verschiedene Einzel- und Gruppenberatungsangebote. Methodisch wird das Projektziel durch den Aufbau eines aktiven Netzwerkes erreicht, das aus Vorbildern besteht, die besonders befähigt sind und durch ihre Persönlichkeit einen direkten Zugang zur Zielgruppe haben.

ZU DEN TÄTIGKEITSFELDERN ZÄHLEN PRÄVENTION DURCH:

- Intervention
- Partizipation
- Integration
- Vermittlung
- und Empowerment.

Die Beratungsstelle ist eng mit Träger*innen der sozialen Arbeit und Institutionen sowie Sicherheitsbehörden vernetzt und kann Betroffenen und Angehörigen sowohl mit psychosozialer als auch fachlicher Beratung zur Seite stehen. Seit Beginn des Projektes konnte es in einer Vielzahl von Fällen vermitteln, Hilfe anbieten oder in sonstiger Form tätig werden.

Wirkungskreise des Projekts sind derzeit Köln, Bonn, Leverkusen und Bergisch Gladbach. Die Förderung erfolgt seit 2015 durch das Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend. Die Kofinanzierung erfolgt durch Eigenmittel und Mitgliedsbeiträge, durch Fördermittel von Stiftungen und Kommunen.



PRÄVENTION

Das Projekt „180 Grad Wende“ ist ein Kriminalitäts- und Radikalisierungspräventionsangebot im Themenfeld des religiös und politisch begründeten Extremismus.



BERATUNG

Die Beratungsstelle ist eng mit Träger*innen der Sozialen Arbeit und Institutionen sowie Sicherheitsbehörden vernetzt und kann Betroffenen und Angehörigen sowohl mit psychosozialer als auch fachlicher Beratung zur Seite stehen.



ZIELGRUPPEN

sozial benachteiligte Jugendliche aus oftmals bildungsfernen Familien mit Diskriminierungserfahrung, Multiplikator*innen



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Kofinanzierung durch Eigenmittel und Mitgliedsbeiträge, durch Fördermittel von Stiftungen und Kommunen

180 Grad Wende Keepers

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

180 Grad Wende Keepers

Regentenstraße 46

51063 Köln

Tel.: 0221.168 322 09

Fax: 0221.294 946 74

Mail: info@180gradwende.de

www.180gradwende.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Mit „180 Grad Wende Keepers“ weitet das Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e.V. seinen Aktionsradius seit November 2017 auf Nordrhein-Westfalen aus.

Dafür bedient sich „180 Grad Wende Keepers“ dem Erfahrungsschatz des Projektes „180 Grad Wende“, orientiert sich jedoch selbstbestimmt am Bedarf des jeweiligen Wirkungsortes in NRW. Durch die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden bzw. dem potentiellen Wirkungs- oder Zielort und Engagierten aus der Zielgruppe wird herausgearbeitet, welcher Bedarf besteht, welches Interesse dem zugrunde liegt und wie eine effiziente Etablierung des „180 Grad Wende“-Portfolios erreicht werden kann.

Das Engagement wird in den verschiedenen Kommunen von ehrenamtlichen Keeper-Teams getragen, die in einer Qualifizierungsphase für die Etablierung von eigenen Projekten vorbereitet werden. Sodann können die Keeper-Teams durch einen Erfahrungs- und Wissenstransfer des Projektportfolios der „180 Grad Wende“ bedarfsgerecht und zielgruppenorientiert Maßnahmen und in ihrer Kommune implementieren. Es entsteht ein überregionales Netzwerk, das Präventionsmaßnahmen in den Resonanzräumen mit der Zielgruppe und für die Zielgruppe gestaltet.



PRÄVENTION

Durch das Projekt entsteht ein überregionales Netzwerk, das Präventionsmaßnahmen in den Resonanzräumen mit der Zielgruppe und für die Zielgruppe gestaltet.



ZIELGRUPPEN

Multiplikator*innen, Interessierte und ortsabhängige Zielgruppen



FINANZIERUNG

Als Projekt der „180 Grad Wende“: Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Kofinanzierung durch Eigenmittel und Mitgliedsbeiträge, durch Fördermittel von Stiftungen und Kommunen

Verein für Lebensorientierung (LeO)



Verein für Lebensorientierung

Gründungsjahr

2012

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- ambulant-pädagogische Familienhilfe (Inspe, EB, SpFh, StabiFam, Integrationshilfe)
- stationäre Jugendhilfe (sozial-betreutes Wohnen, Clearingstelle UMA)
- Stadtteilsozialarbeit
- Jugendprojektarbeit
- Präventionsprogrammträger, Ministerium des Innern Wegweiser Duisburg
- Notschlafstelle für obdachlose junge Menschen

Kontaktdaten

Verein für Lebensorientierung (LeO)

Atroper Straße 26

47226 Duisburg

Tel.: 02065.54 500 85

Fax: 02065.54 500 86

E-Mail: verwaltung@leoev.org

www.leoev.org

Kurzbeschreibung

LeO e. V. verfügt über eine langjährige ausgewiesene Expertise in der Beratung, Begleitung und dem Empowerment von Kindern, Jugendlichen und Familien.

In diesem Kontext bietet der Träger mannigfaltige Dienstleistungen im Sinne der Kinder- und Jugendhilfe an, u. a. soziale Gruppenarbeit, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung, stabilisierende Familienhilfe, Erziehungsberatung, Erziehungsbeistand, Betreuungshilfe, Flüchtlingshilfe, Hilfe für junge Volljährige inklusive nachgehender Hilfe. Eine Notschlafstelle für obdachlose junge Menschen ist ein weiteres Angebot des Trägers.

Stadtteilsozialarbeit in Quartieren mit besonderen Bedarfen und Herausforderungen ist eine der weiteren Tätigkeiten. Der Träger fokussiert seine Arbeit insbesondere auf Familien mit Migrationsgeschichte und verfügt über etablierte Zugänge zu den Familien.

Wegweiser – gegen gewaltbereiten Salafismus

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Verein für Lebensorientierung (LeO)

Atroper Str. 26

47226 Duisburg

Lokale Anlaufstelle:

Jägerstr. 68

47166 Duisburg

Tel.: 0203.499 755 87

Fax: 0203.499 755 94

Hotline: 0203.499 755 87

E-Mail: wegweiser@leoev.org

www.wegweiser-in-duisburg.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Der Träger ist seit Jahren im Bereich der Radikalisierungsprävention gegen religiös begründeten Extremismus aktiv und verfügt in diesem Kontext über langjährige Projekterfahrung. Seit 2015 ist LeO e.V. Projektträger im Präventionsprogramm des Landes NRW „Wegweiser – gegen gewaltbereiten Salafismus“ für den Standort Duisburg und engagiert sich dort in der Beratung, Betreuung und Begleitung von gefährdeten Jugendlichen und ihren Angehörigen.

LeO e.V. hat sich bereits ausgiebig mit Radikalisierungshintergründen, Ursachen und Ausprägungsformen auseinandergesetzt und konnte hier eine Reihe von Hilfsmaßnahmen etablieren.



BERATUNG

Anlaufstelle für Menschen, die Rat oder konkrete Hilfe zu den Themen gewaltbereiter/extremistischer Salafismus und Radikalisierung suchen.



ZIELGRUPPEN

Personen, die den ersten Kontakt zur Szene geknüpft haben, Familienangehörige, Lehrer*innen, Schüler*innen, Sozialarbeiter*innen, Institutionen, Vereine, Fachpersonal im Sozialen Dienst, Gemeindeverantwortliche



FINANZIERUNG

Unterstützt durch das Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen.

Extremismus nicht mit UNS

Gründungsjahr

2012

Kontaktdaten

Extremismus – nicht mit UNS

SV Genc Osman Duisburg e. V.

Steigerstraße 30

47166 Duisburg

verwaltung@leoev.org

www.leoev.org/2016/11/05/extremismus-nicht-mit-uns

Kurzbeschreibung des Projekts

LeO e.V. ist Kooperationspartner und stellt die pädagogischen Fachkräfte mit ihrer Expertise zur Verfügung.

Ziele des Projekts sind Aufklärung und Sensibilisierung mit dem Schwerpunkt Bewahrung der (muslimischen und nichtmuslimischen) Kinder und Jugendlichen vor radikal und extremistisch geprägten Milieus. Dabei steht das Thema „Religiöser Extremismus“ im Vordergrund.



PRÄVENTION

Wir betreiben Aufklärung und Sensibilisierung in religiösen Angelegenheiten mit dem Schwerpunkt Bewahrung der (muslimischen und nichtmuslimischen) Kinder und Jugendlichen vor radikal und extremistisch geprägten Milieus.

Multikulturelles Forum e. V.



Multikulturelles
Forum e.V.

Gründungsjahr

1985

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Beratung (Migrationserstberatung, Flüchtlingsberatung, Erwerbslosenberatung)
- Bildung (politische Bildung in den Themenbereichen Antisemitismusprävention, interkulturelle Öffnung und mehr)
- Sprache (Integrationskurse)
- Arbeit (Empowerment und ganzheitliche Qualifizierung, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung)
- Prävention (Beratungs- und Bildungsangebote und Begegnungsprojekte zur Radikalisierungsprävention)

Kontaktdaten

Multikulturelles Forum e. V.

Friedensplatz 7
44135 Dortmund
Ansprechpartnerin: Deniz Greschner
Tel.: 0231.288 607 33
E-Mail: greschner@multikulti-forum.de
www.multikulti-forum.de

Kurzbeschreibung

Das Multikulturelle Forum e.V. (MkF) ist eine Migrant*innenorganisation, die sich seit mehr als dreißig Jahren als Träger der Sozialen Arbeit für die Integration in der Migrationsgesellschaft engagiert. Das Team von ca. 140 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen ist interkulturell und interdisziplinär zusammengesetzt, ein Großteil der Mitarbeiter*innen hat einen Migrationshintergrund, die Mehrzahl spricht zwei oder mehrere Sprachen. Zum Team gehören u. a. ausgebildete Lehrer*innen, Sozialpädagoge*innen, Pädagoge*innen, Sozialwissenschaftler*innen, Religions- und Islamwissenschaftler*innen und Verwaltungskräfte.

Als anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verfügt das MkF über langjährige Erfahrungen in der Jugendarbeit. Die Beratungs- und Bildungsangebote sowie die Projekte richten sich hier an Jugendliche, arbeiten mit dem Empowermentansatz und behandeln mittels innovativer und lebensweltbezogener Methoden Themen wie Förderung der Demokratiekompetenz, Holocaust Education, Antisemitismusprävention, interreligiöse Begegnungen sowie Radikalisierungsprävention.

Das Multikulturelle Forum unterstützt auch erwachsene Migrant*innen sowie Geflüchtete in der Integration, setzt sich für Chancengleichheit ein und gibt durch Beratungs- und Bildungsangebote Hilfe zur Selbsthilfe. Das Forum wird durch Bundes-, Landes- sowie EU-Mittel finanziert.

Weitere Projekte des Trägers

- u. a. Wegweiser Dortmund
- Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus, Dortmund
- Durchblick – Gemeinsam gegen Radikalisierung

Wegweiser Dortmund – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Wegweiser Dortmund – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus

Friedensplatz 7

44135 Dortmund

Tel.: 0231.532 146 14 (Hotline)

Fax: 0231.288 607 39

E-Mail: info@wegweiser-dortmund.de

www.wegweiser-dortmund.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Beratungsstelle „Wegweiser – gegen gewaltbereiten Salafismus“ in Dortmund dient Ratsuchenden und Multiplikator*innen als Anlaufstelle zum Thema extremistischer Salafismus und bietet anonyme und individuelle Beratung, hilft bei der Erarbeitung von Lösungsstrategien und sensibilisiert die breite Öffentlichkeit. Außerdem möchte „Wegweiser“ den Einstieg von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den extremistischen Salafismus verhindern, sich aber auch um diejenigen kümmern, die bereits erste Schritte in diese Richtung unternommen haben.

In Dortmund übernimmt das Multikulturelle Forum e. V. als örtliche Anlaufstelle und Träger der Kinder- und Jugendhilfe die Trägerschaft der Beratungsstelle. Im Rahmen des Präventionsprogrammes „Wegweiser – gegen gewaltbereiten Salafismus“ werden lokale Projektträger*innen durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert und bieten Beratung und persönliche Betreuung für Betroffene oder deren Umfeld sowie Sensibilisierung und allgemeine Informationen zum Thema.

„Wegweiser Dortmund“ verfolgt in der Beratungsarbeit einen ganzheitlichen Empowermentansatz und bietet Angebote im Bereich der primären und sekundären Radikalisierungsprävention. Das Berater*innenteam, bestehend aus Sozialarbeiter*innen und Islamwissenschaftler*innen, koordiniert ein örtliches Hilfsnetzwerk mit Facheinrichtungen sowie Fachpersonen zu Themen wie Islam/Islamismus, Elternarbeit, Jugendhilfe, Übergangmanagement Schule-Beruf, Arbeitsmarktintegration, psychologische Dienste und Suchthilfe. Mit der Unterstützung dieses Netzwerks wird Ratsuchenden und betroffenen Personen lösungsorientierte, fachliche und flankierende Beratung und Betreuung angeboten.



PRÄVENTION

Das Projekt bietet Angebote im Bereich der primären und sekundären Radikalisierungsprävention.



BERATUNG

Die Beratungsstelle dient Ratsuchenden und Multiplikator*innen als Anlaufstelle zum Thema extremistischer Salafismus und bietet anonyme und individuelle Beratung.



ZIELGRUPPEN

Primärprävention: Schüler*innen, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Multiplikator*innen und allgemeine Ratsuchende, Sekundärprävention: betroffene und ratsuchende Personen



FINANZIERUNG

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Für „Wegweiser Dortmund“ ist das Ziel der Prävention, Jugendliche und junge Erwachsene durch Stärkung und Stabilisierung ihres positiven Selbstbildes, ihrer Ambiguitätstoleranz und Resilienzfähigkeit zu empowern und sie auf dem Weg ihrer Emanzipation und Mündigkeit zu unterstützen.

Die primärpräventiven Angebote wie Workshops und Informationsveranstaltungen richten sich an Schüler*innen, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ratsuchende Personen im Allgemeinen und Multiplikator*innen. Die sekundärpräventiven Angebote richten sich an ratsuchende und betroffene Personen. Ziel ist es, mögliche Radikalisierungen früh zu erkennen, auf die ersten Anzeichen schnellstmöglich zu reagieren und dafür Beratung und Betreuungsmaßnahmen anzubieten.

Die sozialpädagogische Beratung und Begleitung erfolgt individuell und lebensweltbezogen. „Wegweiser Dortmund“ fasst die Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe auf und verfolgt einen Ansatz, der auf der Erstellung eines individuellen Hilfeplans sowie auf der Verzahnung der Hilfsangebote relevanter Akteur*innen auf lokaler Ebene beruht. Bei Bedarf führt „Wegweiser“ sozialpädagogische Interventionen durch: Nach einer Anamnese erfolgt ein individueller Hilfeplan mit konkreten Schritten. Die Berater*innen leiten und begleiten die Intervention.

Dortmund Durchblick – Gemeinsam gegen Radikalisierung

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Dortmund Durchblick –

Gemeinsam gegen Radikalisierung

Friedensplatz 7

44135 Dortmund

Ansprechpartner: Björn Muntzeck

Tel.: 0231.28 867 34

E-Mail: muntzeck@multikulti-forum.de

Kurzbeschreibung des Projekts

Das Modellprojekt „Dortmund Durchblick – Gemeinsam gegen Radikalisierung“ erprobt mittels eines innovativen Kooperationsmodells Zugänge zu radikalierungsgefährdeten Jugendlichen. Der Zugang erfolgt über Multiplikator*innen aus staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen (Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen der Jugendämter, Sozialarbeiter*innen in der offenen Jugendarbeit und ähnliche), die in Kontakt mit Jugendlichen stehen. Durch die Teilnahme an den Projektangeboten werden sie mit der Thematik Radikalisierung vertraut, kennen Hilfsangebote und dienen Kolleg*innen als Ansprechpartner*innen. Durch die Vernetzung aller Projektteilnehmenden untereinander sowie mit vorhandenen Beratungsangeboten sollen feste Hilfs- und Unterstützungsstrukturen in der Stadtgesellschaft etabliert werden.

Das Netzwerk unterstützt bei der pädagogischen Arbeit, um radikalierungsfördernden Faktoren früh zu begegnen und vermittelt Möglichkeiten der Unterstützung bei einer erfolgten Radikalisierung. Dabei profitiert das Multikulturelle Forum von seiner Expertise im Bereich der Einzelfallberatung und der Distanzierungsarbeit mit radikalisierten Jugendlichen. Fälle der Radikalisierung, sollen durch das Programm niedrigschwellig an bestehende Beratungsangebote (wie z.B. „Wegweiser Dortmund“) des Multikulturellen Forums herangeführt werden.

Das Projekt besteht aus zwei sich ergänzenden Handlungsfeldern, deren Verknüpfung bisher in der Form nicht erfolgte: Der Fortbildung von Multiplikator*innen sowie der Vernetzung der Akteur*innen.

Im Rahmen einer umfangreichen modularen Fortbildung werden Fachkräfte, die in Kontakt zu radikalierungsgefährdeten Jugendlichen stehen, zu den Themen Islamismus und Radikalisierung fortgebildet. Die Fortbildungen sind modular aufgebaut und basieren auf den Erfahrungen des Multikulturellen Forums in der Präventionsarbeit. Hier wird durch eigens entwickelte Module und Methoden Wissen über Grundlagen des



PRÄVENTION

Das Netzwerk unterstützt bei der pädagogischen Arbeit, um radikalierungsfördernde Faktoren früh zu begegnen.



BERATUNG

Fälle der Radikalisierung sollen durch das Programm niedrigschwellig an bestehende Beratungsangebote herangeführt werden.



ZIELGRUPPEN

Multiplikator*innen aus staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen: Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Mitarbeiter*innen der Jugendämter, Sozialarbeiter*innen in der offenen Jugendarbeit



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

Islam, muslimische Identitäten, Vielfalt im Islam, antimuslimischer Rassismus, Radikalisierungsverläufe und mögliche pädagogische Handlungsoptionen vermittelt. Die so qualifizierten Mitarbeitenden stehen in ihren jeweiligen Einrichtungen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung und vermitteln deren Bedarfe an das Netzwerk.

In einem zweiten Schritt werden die Akteur*innen in das Netzwerk aus Beratungs- und Unterstützungsangeboten eingebunden. Das Netzwerk wird durch das Multikulturelle Forum koordiniert und beinhaltet für Jugendliche relevante staatliche wie nichtstaatliche Organisationen wie Schulen, Jugendamt, Polizei oder Jugendfreizeiteinrichtungen.

Das Modellprojekt wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend finanziert und bis 31.12.2019 durchgeführt.

Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)



Gründungsjahr

2011

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- politische Bildung für muslimische Studierende und Akademiker*innen im Rahmen der Akademie
- Förderung von muslimischen Hochschulgruppen an Universitäten
- muslimisch-christlicher und muslimisch-jüdischer Dialog
- Organisation von Dialogtreffen, Tagungen und Konferenzen
- Vernetzung von muslimischen Akademiker*innen aus allen Disziplinen

Kontaktdaten

Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)

Venloer Straße 227

50823 Köln

Tel: 0221.169 039 32

E-Mail: info@ramsa-deutschland.org

Web: www.ramsa-deutschland.org

Kurzbeschreibung

Der RAMSA e.V. ist ein Zusammenschluss von muslimischen Studierenden und Akademiker*innen, der einen Beitrag im Bereich der Bildungsarbeit leistet und Plattformen zur Meinungsbildung und Diskursförderung schafft.

In der Arbeit des Rates werden grundsätzlich deutsch-muslimische Identitäten und das Bewusstsein für freiheitlich-demokratische Werte gefördert, es werden gemeinsame Lernerfahrungen ermöglicht und ideologiefreie Räume zum Austausch geschaffen. Viele der Mitglieder sind in verschiedenen Funktionen innerhalb und außerhalb der Hochschulen ehrenamtlich aktiv. Sie wenden erworbenes Wissen und Fähigkeiten in anderen Kontexten, Projekten und Funktionen an und werden damit zu Multiplikator*innen, die auf vielen Ebenen in die Gesamtgesellschaft zurückwirken. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Akademie, die der qualifizierten und fundierten Vertiefung von Kenntnissen und weiterführenden Ausbildung von Mitgliedern und muslimischen Multiplikator*innen in den Bereichen Wissenschaft, Religion, Gesellschaft, Politik und Kultur dient.

Der RAMSA e.V. versteht sich nicht als eine spezifisch religiöse Einrichtung oder Interessenvertretung im Sinne einer Religionsgemeinschaft. Religiöse Aktivitäten bilden einen Bereich, aber nicht den Schwerpunkt der Tätigkeiten, führen allenfalls Muslim*innen unterschiedlicher Glaubensrichtungen und Ansichten zusammen.

Weitere Projekte des Trägers

- Akademie (Workshops, Vorträge, Konferenzen zu Gesellschaft, Religion, Wissenschaft und Politik)
- interreligiöser Dialog
- Bildungsreisen
- interdisziplinäre Fachgruppen (Vernetzung von muslimischen Akademiker*innen aus allen Disziplinen)
- Förderung von muslimischen Hochschulgruppen an Universitäten

Zukunft bilden!

Gründungsjahr

2016

Kontaktdaten

Zukunft bilden!

Venloer Straße 227

50823 Köln

Tel: 0221.169 039 32

E-Mail: info@ramsa-deutschland.org

www.ramsa-deutschland.org/zukunft-bilden/

[projekt-zukunft-bilden](#)

Kurzbeschreibung des Projekts

Durch das Projekt „Zukunft bilden!“ professionalisiert RAMSA e.V. die eigene Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Das Projekt fördert und stärkt das Engagement muslimischer Studierender und Akademiker*innen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Abschottungstendenzen. „Zukunft bilden!“ empowert die Teilnehmenden durch politische Bildung und bietet eine Plattform zur Meinungsbildung. Das Projekt fördert damit die Diskursfähigkeit von muslimischen Studierenden und Akademiker*innen in der Zivilgesellschaft. Im Rahmen eines eigens auf muslimische Studierende und Akademiker*innen ausgerichteten Akademieprogramms werden Regionalkonferenzen, Workshops, Podiumsdiskussionen und Fachgespräche mit Expert*innen aus verschiedenen Disziplinen organisiert.

DADURCH FÖRDERT DAS PROJEKT:

1. Empowerment durch politische Bildung von Studierenden und Akademiker*innen,
2. kritische und argumentative Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien und deren Vertreter*innen,
3. die Diversität in der Gesellschaft und insbesondere Hochschulen, also das gemeinschaftliche Leben, Lernen und gesellschaftliche Partizipieren aller in einer Atmosphäre frei von Ausgrenzung und Benachteiligung,
4. interreligiöse und interkulturelle Begegnungen und Austausch an und außerhalb von Hochschulen. Der interreligiöse Dialog, insbesondere die jüdisch-muslimische Kooperation, und die Dekonstruktion von Antisemitismus sind angesichts der zentralen Rolle, die der Antisemitismus im Weltbild extremistischer Ideologien spielt, besonders wichtig.



PRÄVENTION

Das Projekt fördert die kritische und argumentative Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien und deren Vertreter*innen.



ZIELGRUPPEN

muslimische Studierende und Akademiker*innen sowie Interessierte



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Stiftung Mercator, Robert Bosch Stiftung

Zudem werden gemeinsame Lernerfahrungen ermöglicht und ideologiefreie Räume zum Austausch geschaffen. Viele der Programm-Teilnehmer*innen sind in verschiedenen Funktionen innerhalb und außerhalb der Hochschulen ehrenamtlich aktiv. Sie wenden erworbenes Wissen und Fähigkeiten in anderen Kontexten, Projekten und Funktionen an. Somit wirken sie als Multiplikator*innen auf vielen Ebenen in der Gesamtgesellschaft. Das Modellprojekt „Zukunft bilden!“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Weitere Förderer sind die Stiftung Mercator und die Robert Bosch Stiftung.

Düsseldorfer Wegweiser e. V.



Gründungsjahr

2014

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Aufklärung und Sensibilisierung über den gewaltbereiten Salafismus
- Beratung und Begleitung von Rat- und Hilfesuchenden
- Fachberatung und Fallsupervision für Teams und Fachkräfte
- Stärkung der Resilienzfähigkeit und Empowerment junger Menschen
- Verhinderung und Unterbrechung von Radikalisierung durch die Bereitstellung und Durchführung qualifizierter Hilfestellungen

Kontaktdaten

Düsseldorfer Wegweiser e. V.

Himmelgeister Straße 113

40225 Düsseldorf

Tel.: 0211.876 645 41

E-Mail: info@wegweiser-duesseldorf.de

www.wegweiser-duesseldorf.de

Kurzbeschreibung

Die Präventionsarbeit gegen extremistische Ideologien der Ungleichwertigkeit stellt für alle Akteur*innen der Gesellschaft eine wichtige Aufgabe dar. Der im Februar 2014 gegründete Verein ist seinem Selbstverständnis nach ein verlässlicher lokaler Partner der Präventionsarbeit, der sich insbesondere mit dem Phänomen des gewaltbereiten Salafismus befasst. Die erfolgreiche Arbeit einer Beratungsstelle ist nur dann möglich, wenn der Träger bei allen relevanten Gruppen auf Akzeptanz stößt und Ziele und Methoden der Präventionsarbeit gemeinsam getragen und verantwortet werden.

Der Verein steht auf dem festen Boden der Zivilgesellschaft und verfügt als klassische NGO über hohes gesellschaftliches Vertrauen. Für die konkrete Praxis bedeutet dies ein hohes Maß an Unabhängigkeit, Freiheit und Flexibilität in einer komplexen Präventionslandschaft mit durchlässigen Hierarchiestrukturen. Durch die exklusive Gründung für die Präventionsarbeit arbeitet der Verein frei von Verbandsstrukturen.

Der Düsseldorfer Wegweiser e.V. setzt nachhaltig auf eine gleichberechtigte Partnerschaft und Partizipation aller beteiligten Akteur*innen und wird das bereits vorhandene vielfältige Netzwerk weiter ausbauen.

Weitere Projekte des Trägers

- Partnerschaften für Demokratie in Düsseldorf – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Partnerschaft für Demokratie in Düsseldorf

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

Düsseldorfer Wegweiser e. V.

Himmelgeister Straße 113

40225 Düsseldorf

Tel.: 0211.876 645 41

E-Mail: demokratie@wegweiser-duesseldorf.de

www.wegweiser-duesseldorf.de



ZIELGRUPPEN

konkrete Projekte im Raum Düsseldorf



FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ)

Kurzbeschreibung des Projekts

Die Stadt Düsseldorf wurde im Juli 2015 in das neue Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Bereich lokale „Partnerschaft für Demokratie“ aufgenommen. In Düsseldorf wurde die Koordinierungs- und Fachstelle beim Düsseldorfer Wegweiser e.V. angesiedelt, der für die Steuerung der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“ zuständig ist. Das Projekt verfolgt zur Umsetzung des Programms einen sozialraumorientierten Ansatz. Für verschiedene Stadtteile werden Gelder in einem Aktions- und Initiativfonds zur Verfügung gestellt, aus dem konkrete Projekte gefördert werden. Durch die Demokratiekonferenzen in den jeweiligen Stadtteilen kommen verschiedene Akteur*innen aus unterschiedlichen Feldern zusammen, vernetzen sich, diskutieren über Bedarfe vor Ort und entwickeln gemeinsam Maßnahmen und Projektideen.

UMSETZUNG DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Es gibt zahlreiche Wege, um Demokratieprojekte in Düsseldorf durchzuführen: Stadteilfeste, Kunst- oder Musikprojekte, Workshops, Informationsveranstaltungen, Bildungsfahrten und vieles mehr. Wenn eine Projektidee einen direkten Bezug zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vorweist und so die Demokratie fördert und radikalierenden Bewegungen entgegenwirkt, ist sie herzlich willkommen. „Partnerschaft für Demokratie in Düsseldorf“ wird vom Düsseldorfer Wegweiser e.V. in Kooperation mit der Landeshauptstadt Düsseldorf durchgeführt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ZMD – Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.



Gründungsjahr

1987

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- muslimische Seelsorge
- Flüchtlingshilfe
- Prävention gegen religiös begründeten Extremismus
- interkultureller Dialog
- interreligiöser Dialog
- Weiterbildung Imam-Ausbildung

Kontaktdaten

**ZMD – Zentralrat der Muslime
in Deutschland e. V.**

Sachsenring 20

50677 Köln

Tel.: 0221.139 44 50

Fax: 0221.139 46 81

E-Mail: s.al-sayad@zentralrat.de

www.zentralrat.de

Kurzbeschreibung

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ist eine Dachorganisation von derzeit 35 muslimischen Organisationen, Gemeinden und umschließt auch Einzelmitglieder.

Der ZMD und seine Mitglieder betrachten sich als Teil dieses Landes und dieser Gesellschaft. Wir sind hier beheimatet. Die Integration des Islam und der Muslim*innen in die deutsche Staatsordnung und die Gesellschaft ist eine unserer größten Herausforderungen und Anliegen. Deswegen schickte sich der ZMD an, seine Satzung und Struktur den föderalen Gegebenheiten des Landes anzupassen. Inzwischen haben wir in Hessen, NRW, Berlin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz unsere Landesverbände gegründet, weitere werden folgen.

Als Teil des deutschen Volkes in Deutschland fühlen wir uns allen Problemen und Themen der Gesamtgesellschaft gegenüber verpflichtet, das gilt auch für Deutschlands Geschichte und sein Selbstverständnis als Staat in der Welt.

Weitere Projekte des Trägers

- SaferSpaces
- JuMu
- Wir sind Paten
- Anasheed
- ZMD Akademie
- 5hoch4

5hoch4 – Jugendclub im Netz

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

5hoch4 – Jugendclub im Netz

Projektleitung: Suphian Al-Sayad

Tel.: 030.398 858 80

E-Mail: s.al-sayad@zentralrat.de

Kurzbeschreibung des Projekts

„5hoch4“ ist eine jugendgerechte, spannende und präventive Plattform, die von ZMD-Expert*innen betreut wird. Diese Plattform ist ganz nach dem Motto „von Jugendlichen für Jugendliche“ gestaltet und online verwaltet.

Die primäre Zielgruppe unseres Projektes sind junge Muslim*innen, dennoch stehen die Angebote allen Jugendlichen zur Verfügung. Das Onlineangebot beinhaltet eine eigene Homepage, die durch eine Vernetzung zu den sozialen Medien in einem Automatismus die aktuellsten Inhalte wie Videos und Posts überall streut, teilt und published.

Der Fokus des Portals liegt vor allem in den sozialen Medien, vordergründig auf Facebook und Youtube.

In einem Experiment des ZMD konnte analysiert werden, dass ungefähr neunzig Prozent der Jugendlichen ihre Informationsbeschaffung über die sozialen Medien abdecken. Vor allem wichtig und beliebt sind in den sozialen Medien Videos und Kurzclips, weshalb der Schwerpunkt des Projektes auf Video-Content gelegt wurde.

Die Online-Inhalte werden zum einem durch insgesamt 13 Workshops von Jugendlichen erarbeitet, dokumentiert und ausgewertet. Zusätzlich werden in regelmäßigen Abständen jugendgerechte und jugendaffine Videointerviews zum Thema Prävention mit vordergründig Jugendlichen, aber auch Expert*innen, Youtuber*innen, Wissenschaftler*innen, Geistlichen und Prominenten durchgeführt, die dann wieder online im Portal vorzufinden sind.

Ziel des Projektes sind vor allem die Vermittlung von Medienkompetenz und Empowerment der Zielgruppe sowie die Bereitstellung von identitätsstiftenden und präventiven Inhalten durch unsere Videointerviews und Workshopergebnisse in Filmmaterial.



PRÄVENTION

Neben Empowerment der Zielgruppe ist die Bereitstellung von identitätsstiftenden und präventiven Inhalten Ziel des Projekts.



ZIELGRUPPEN

Primäre Zielgruppe sind muslimische Jugendliche, allerdings steht das Angebot allen Jugendlichen zur Verfügung.

Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.



Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.
Schleswig-Holstein Türk Toplum

Gründungsjahr

1987

Gesellschaftsform

eingetragener Verein (e. V.)

Arbeitsbereiche/Angebote

- Interessenvertretung
- politische Bildung
- Integrations-, Partizipations- und Bildungsangebote
- offene sowie mobile Kinder- und Jugendarbeit
- interkulturelle Bildung
- kulturelle Kinder- und Jugendarbeit
- Fachkräfteausbildung, -fortbildung und -weiterbildung

Kontaktdaten

Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.

Elisabethstraße 59

24143 Kiel

Tel.: 0431.761 14

E-Mail: info@tgsh.de

www.tgsh.de

Kurzbeschreibung

Die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein (TGS-H) ist ein ehrenamtlich geleiteter, landesweiter, gemeinnütziger Verein, der 1995 gegründet wurde. Der Auftrag der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein konzentriert sich auf die Interessenvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere türkischstämmigen Menschen.

Die TGS-H möchte Bindeglied zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und der Mehrheitsbevölkerung sein. Ihr Auftrag ist es, das Zusammenwachsen der Bevölkerung voranzutreiben und die Vorteile der Vielfalt in der Bevölkerung aufzuzeigen. Die TGS-H ist pluralistisch, parteipolitisch unabhängig und will zu einem friedlich-solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Deutschland beitragen.

Derzeit realisiert der Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V. verschiedene Projekte, die insbesondere die Integration, gesellschaftliche Teilhabe und Kompetenzstärkung der Menschen vorantreiben. Weitere Zielgruppe der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein ist die Öffentlichkeit, die für die Thematik Migration sensibilisiert werden soll. Für diese Thematik versucht die TGS-H eine Brücke zu bauen zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und den öffentlichen Institutionen.

Weitere Projekte des Trägers

- KAUSA
- DISSkriminierung
- SAMO.FA
- SELMA
- Feuerwehrprojekt
- IQ Netzwerk
- Wissen baut Brücken
- Migrations- und Sozialberatung
- Farbenfroh
- MomStarter
- AIM (Ausbildung und Integration für Migranten)
- Integrationskurse

PROvention. Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus in Schleswig-Holstein

Gründungsjahr

2015

Kontaktdaten

PROvention. Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus in Schleswig-Holstein

Elisabethstraße 59

24143 Kiel

Tel.: 0431.739 49 26

Mail: provention@tgsh.de

www.provention.tgsh.de

Kurzbeschreibung des Projekts

„PROvention“, die Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus, wurde im April 2015 gegründet und wird durch den Landeshaushalt Schleswig-Holsteins finanziert. Durch die vielseitige Arbeit im Bereich religiös begründeter Extremismus deckt „PROvention“ verschiedene Zielgruppen ab. Im Rahmen der Primärprävention richtet „PROvention“ Fachtagungen aus, hält Fachvorträge und betreibt eine Homepage, die der interessierten Öffentlichkeit zugänglich ist.

2017 fanden verschiedene Fachtagungen im Land statt, u. a. zur Thematik Radikalisierung von Frauen sowie psychische Störungen im Kontext Radikalisierung. Des Weiteren unterhält „PROvention“ eine Präsenzbibliothek, die u. a. die Themenfelder Islam, Islamismus, Radikalisierung, aber auch Beratung und Demokratiepädagogik abdeckt.

Im Bereich der Sekundärprävention wurden die Aktivitäten von „PROvention“ ebenfalls stark ausgeweitet und allein 2017 mehr als 400 Sozialraumakteur*innen im Themenfeld fortgebildet. 2017 wurde zudem damit begonnen, ein Peer-Education-Programm aufzubauen, für das ab 2018 junge – von PROvention ausgebildete und betreute – Trainer*innen Workshops an Schulen zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus durchführen sollen. Darüber hinaus bietet „PROvention“ gemeinsam mit der „Aktion Kinder- und Jugendschutz“ (AKJS) und dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) Schulentwicklungstage an.

Der Schwerpunkt der Arbeit von „PROvention“ liegt auf dem Bereich der Tertiärprävention, d. h. der Beratungsarbeit, welche verschiedene Aufgaben umfasst. Angehörige, Bekannte oder Sozialraumakteur*innen können sich an „PROvention“ wenden, wenn sie eine Radikalisierung in ihrem Umfeld befürchten. „PROvention“ unterstützt die Beratungsnehmer*innen bei der Einschätzung und führt die Beratung im Falle einer Radikalisierung oder Gefährdung fort. Nach Möglichkeit wird auch direkt



PRÄVENTION

Fortbildung von Sozialraumakteur*innen, die im Bereich (Sekundär)Prävention tätig sind.



BERATUNG

Präsenzbibliothek, die u. a. die Themenfelder Islam, Islamismus, Radikalisierung, aber auch Beratung und Demokratiepädagogik abdeckt.



ZIELGRUPPEN

Multiplikator*innen, Jugendliche, Interessierte



FINANZIERUNG

Landeshaushalt Schleswig-Holsteins

mit den Indexklient*innen gearbeitet. Bei der Beratung wird ein systemischer Ansatz verfolgt, es wird also lösungs- und ressourcenorientiert gearbeitet und nach Möglichkeit unter direktem Einbezug des Familiensystems. Anstatt Radikalisierung als Problem zu betrachten, welches es zu beseitigen gilt, wird der Fokus auf die sozialen Bedürfnisse gelegt, die durch die Hinwendung zum Salafismus befriedigt werden und anderweitig erfüllt werden sollen.

Neben diesen Aktivitäten ist „PROvention“ in verschiedenen Netzwerken auf Landes- wie Bundesebene aktiv. Besonders hervorzuheben ist hier das Engagement im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus sowie die Arbeit im Nordverbund. Neben dem allgemeinen Austausch setzt sich der Nordverbund der Beratungsstellen, bestehend aus „PROvention“, Legato (Hamburg), Kitab (Bremen) und beRATen e. V. (Niedersachsen) regelmäßig neue Schwerpunktthemen. So entstand aus dieser Zusammenarbeit 2016 ein Leitfaden zum Umgang mit Rückkehrer*innen. 2017/18 liegt der Fokus auf der „zweiten Generation“, d. h. Kindern, die in salafistischen Familien aufwachsen.

Kick-off. Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Gründungsjahr

2017

Kontaktdaten

Kick-off. Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe

Elisabethstraße 59

24143 Kiel

Tel.: 0431.128 11 382

Mail: kick-off@tgsh.de

www.provention.tgsh.de

Kurzbeschreibung des Projekts

„Kick-off“ ist ein Modellprojekt (Laufzeit bis Ende 2019) der Prävention und Deradikalisierung im geschlossenen Vollzug und der Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein. Seit August 2017 wird das Projekt durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das Justizministerium Schleswig-Holstein gefördert.

Das Projekt richtet sich über sechs Säulen an verschiedene Zielgruppen und deckt über einen Trägerverbund aus der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. und dem Kieler Antigewalt- und Sozialtraining (KAST) und deren Expertise und Erfahrung in den jeweiligen Phänomenbereichen sowohl den religiös begründeten Extremismus (RebEx, TGS-H) als auch den Rechtsextremismus (KAST) ab.

Die erste Säule des demokratiepädagogischen Unterrichts im Jugendvollzug, der allen Inhaftierten offensteht, dient der Prävention und ermöglicht eine frühzeitige Immunisierung gegen extremistisches Gedankengut.

Die zweite Säule der Fortbildungen von Bediensteten im Kontext Justiz soll deren Handlungssicherheit festigen, indem ihre interkulturellen Kompetenzen gestärkt werden, ihnen Kenntnisse zu Ideologien und Radikalisierungsprozessen vermittelt werden und sie befähigt werden, entsprechende Anzeichen zu erkennen und durch ihr Handeln die Umkehrung von Radikalisierungsprozessen zu unterstützen.

In den Gesprächsgruppen der dritten Säule sollen durch professionell (im Bereich RebEx theologisch) angeleitete Diskussionen in diversen Gruppen mit unterschiedlichen Meinungen und eventuellen Radikalisierungsgraden das kritische Denken angeregt und somit die Resilienz gegenüber einfachen Wahrheiten gestärkt und gegebenenfalls Radikalisierungsprozesse unterbrochen und Distanzierungsprozesse eingeleitet werden.

PRÄVENTION

Prävention und Deradikalisierung im geschlossenen Vollzug und der Bewährungshilfe in Schleswig-Holstein

BERATUNG

Durch intensive Einzelbetreuung bereits radikalierter Personen sollen Distanzierungsprozesse eingeleitet und langfristig begleitet werden. Dies geschieht u. a., indem die Ideologie und der eigene Werdegang zukunftsgerichtet aufgearbeitet werden und durch die systemische Herangehensweise neue Handlungsoptionen generiert werden. Entsprechend ausgebildete Expert*innen unterstützen mit ihrer theologischen Expertise die kritische Reflektion.

ZIELGRUPPEN

allgemein Inhaftierte des Jugendvollzugs, Mitarbeitende im Kontext Justiz, bereits Radikalisierte, Klient*innen nach ihrer Haft

FINANZIERUNG

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (BMFSFJ), Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

Die vierte Säule gilt der intensiven Einzelbetreuung bereits radikalierter Personen. Hier sollen Distanzierungsprozesse eingeleitet und langfristig begleitet werden, indem die Ideologie und der eigene Werdegang zukunftsgerichtet aufgearbeitet werden und durch die systemische Herangehensweise neue Handlungsoptionen generiert werden. Für den Bereich „RebEx“ wird die systemische Herangehensweise ergänzt durch theologische Expertise entsprechend ausgebildeter Berater*innen, die durch gezieltes Hinterfragen das kritische Denken der Inhaftierten anregen sollen, welche so ihre fundamentalistische Ideologie sukzessive hinterfragen lernen.

Die fünfte Säule der Vernetzung mit bestehenden Angeboten sowie die sechste Säule der Nachbetreuung von Klient*innen für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten nach der Haftentlassung dienen der Nachhaltigkeit des Programms.

Ziel des Modellprojekts ist es, durch die Anwendung und stetige Reflexion und Anpassung innovativer Methoden neue Erkenntnisse und Ansätze für die Präventionsarbeit zu gewinnen sowie das weiterentwickelte Projekt in Regelstrukturen zu überführen.

Literaturverzeichnis

[A

Abbas, Tahir (2011) *Islamic Radicalism and Multicultural Politics – The British experience, Abingdon/New York.*

Aslan, Edna/Akkiliç, Evrim Erşan / Hämmerle, Maximilian (Hrsg.) (2018) *Islamistische Radikalisierung. Biografische Verläufe im Kontext der religiösen Sozialisation und des radikalen Milieu, Wien.*

[B

Bauknecht, Bernd Ridwan (Hrsg.) (2015) *Salafismus. Ideologie der Moderne, infoaktuell 29/2015, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.*

Biene, Janusz / Daase, Christopher / Junk, Julian / Müller, Harald (Hrsg.) (2016) *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen, Frankfurt am Main.*

Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter (2007) *Muslimen in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Hamburg.*

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2016) *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Berlin. Online: www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf (abgerufen: 20.12.2017).*

[D

Dantschke, Claudia/Mansour, Ahmad/Müller, Jochen/Serbest, Yasemin (2011) *„Ich lebe nur für Allah“. Argumente und Anziehungskraft des Salafismus. ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur, Berlin.*

Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI) (Hrsg.) (2015) *Jung und Radikal. Politische Gewalt im Jugendalter. DJI Impulse, München, Nr. 109. Online: www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull109_d/DJI_1_15_Web.pdf (abgerufen: 20.12.2017).*

[H

Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997) *Verlockender Fundamentalismus: Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt am Main.*

[J

Jaschke, Hans-Gerd (1998) *Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg.*

[K

Kärgel, Jana (Hrsg.) (2017) *Sie haben keinen Plan B. Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr zwischen Prävention und Intervention. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.*

Kepel, Gilles (2016) *Terror in Frankreich. Der neue Dschihad in Europa, München.*

Khosrokhavar, Farhad (2016) *Radikalisierung, Hamburg.*

[L

Lützinger, Saskia (2010) *Die Sicht der Anderen: Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen, Köln.*

[M

Mejer, Roel (2009) *Global Salafism: Islam's new religious movement, New York.*

[N

Neumann, Peter (2013) *Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bonn, Heft 29–31, Seite 7.*

[R

Roy, Olivier (2017) *„Ihr liebt das Leben, wir lieben den Tod“. Der Dschihad und die Wurzeln des Terrors, München.*

[S

Schäuble, Martin (2011) *Dschihadisten: Feldforschung in den Milieus. Die Analyse zu Black Box Dschihad, Berlin.*

Schmid, Alex P. (2013) *Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation: A conceptual discussion and literature review. International Center for Counter-Terrorism, Den Haag.*

Sirseloudi, Matenia (2010) *Radikalisierungsprozesse in der Diaspora. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bonn, Heft 44, Seiten 39–42.*

[U

Uhlmann, Milena (2017) *Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“ – Abschlussbericht. Forschungsbericht 31, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.*

[V

Verfassungsschutz Berlin (Hrsg.) (2014) *Denis Cuspert – eine jihadistische Karriere. Berliner Verfassungsschutz, Lageanalyse, Berlin. Online: www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/lageanalyse_denis_cuspert.pdf (abgerufen: 20.12.2017).*

[W

Wiktorowics, Quintan (2005) *Radical Islam Rising: Muslim extremism in the West, Lanham/Maryland.*

Impressum

Herausgegeben von:

**Bundesarbeitsgemeinschaft religiös
begründeter Extremismus e. V.**

Luisenstraße 41

10117 Berlin

Tel: +49(0)30 921 26 289

www.bag-relex.de

info@bag-relex.de

Redaktion:

Rüdiger José Hamm, Charlotte Leikert,

Jamuna Oehlmann

Lektorat:

Claudia Boujeddayn

Layout:

agnes stein berlin

www.agnes-stein.de

Illustrationen:

Martin Müller

www.183off.com

Druck:

Druckerei Conrad GmbH

Stand: 21.12.2017

© BAG ReEx

Für die Beschreibungen der Träger
und der Projekte sind ausschließlich die
jeweiligen Träger verantwortlich und
nicht die BAG ReEx.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ
bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin
bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

Aktion Courage e.V. | VAJA e.V. | Türkische Gemeinde in
Deutschland e.V. | Violence Prevention Network e.V. | Cultures Interactive e.V. |
Ufuq e.V. | DEVI e.V. | Gesicht Zeigen! e.V. | Kreuzberger Initiative gegen
Antisemitismus e.V. | RAA Berlin e.V. | Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V. |
API gUG | IFAK e.V. | Jubigo e.V. | LeO e.V. | Multikulturelles Forum e.V. |
RAMSA e.V. | Wegweiser Düsseldorf e.V. | Zentralrat der Muslime
in Deutschland e.V. | basis & woge e.V. | Jugendstiftung
Baden-Württemberg | Vereinigung Pestalozzi gGmbH | Türkische Gemeinde
in Schleswig-Holstein e.V. | Stuttgarter Jugendhaus gGmbH